

# Metallarbeiter-Zeitung

Organ für die Interessen der Metallarbeiter

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich am Samstag.  
Abonnementsspreis pro Quartal 1 Mark.  
Eingetragen in die Reichspost-Berlingsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Scherm.  
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Altestraße 16a part.  
Telephonruf: Nr. 8800.

Insertionsgebühr pro sechsgespartene Kolonialzeile:  
Arbeitsvermittlung 1 Mark, Privatangelegen 2 Mark.  
Geschäftsinscserate finden keine Aufnahme.

In einer Aufl. von

**550000**  
EXEMPLAREN

erscheint diese Ztg.

## Wirtschaftliche Rundschau.

Tells aus Kritiklosigkeit, tells um die Spekulation anzuspornen, werden verschiedentlich die gegenwärtigen Eisenpreise mit den Preisen in den Jahren 1906 und 1900 verglichen, um dann zu zeigen, daß trotz der andauernden Preissicherungen die Preise von 1912 noch immer hinter denen früheren Hochlunkurjahren zurückbleiben. Nun stellt sich in der Tat der Stahelpreis zurzeit auf 121,50 M., während 1906 ein Preis bis 148% M. notiert wurde. Ob indes größere Umsätze zu dem Höchstpreis im Jahre 1906/07 gemacht worden sind, bleibt sehr zweifelhaft, sicher aber ist, daß dieser Preis rein spekulativen Charakter trug und eine Ausschüttung darstellte, der die Krise auf dem Fuße folgte. Um einen Vergleich der Rentabilität der Eisenderwerke zwischen 1906/07 und 1912 zu erlangen, ist eine Gegenüberstellung der Preisanstiege in den entsprechenden Jahren wenig geeignet, schon weil nicht angenommen werden kann, daß zu den genannten Höchstpreisen in der Hochlunkur 1906/07 die Eisenerwerke größere Mengen geliefert haben. Selbst wenn das aber der Fall wäre, so ist zweifellos der Betrieb zu den gegenwärtigen Preisen doch noch viel rentabler, denn in der Zwischenzeit ist die Produktion in einer Weise gestiegen, die noch vor wenigen Jahren als unwahrscheinlich galt, zugleich haben mit der Produktionszunahme die Produktionskosten eine beträchtliche Abnahme erfahren.

Deutschlands Roheisenproduktion wird sich im Jahre 1912, wenn die bisherige Entwicklung der Roheisenindustrie anhält, auf mehr als 17 Millionen Tonnen stellen, im Monat Juli 1912 belief sich die Roheisenproduktion auf 1,468 Millionen Tonnen. Diese Zahl stellt die größte bisher überhaupt verzeichnete Monatsproduktion dar. Die bisherige höchste Erzeugung war im Mai mit 1,418 Millionen Tonnen aufgewiesen worden, im Juli 1911 hatte die Roheisenproduktion nur 1,290 Millionen Tonnen betragen. Auch die bisherige Roheisenproduktion des laufenden Jahres zeigt eine gewaltige Zunahme gegenüber dem Verhältnis, denn sie stellt sich in den Monaten Januar bis Juli auf 9,893 Millionen gegen 8,973 Millionen Tonnen in der gleichen Zeit des Vorjahres. Die Roheisenproduktion der Vereinigten Staaten hat sich im Juni 1912 auf 2,411 Millionen Tonnen belaufen.

Der Juliüberstand des Stahlwerksverbandes in A-Produkten erfuhr gegenüber dem Vormonat allerdings eine Abnahme, den Vergleichszahlen des Vorjahres gegenüber bedeuten die Zahlen jedoch erhebliche Störungen. Ein Vergleich des Verbandes in A-Produkten mit den beiden Vorjahren ergibt folgendes Bild (in 1000 Tonnen):

Monat	Hüttenzeug			Eisenbahnmaterial			Formteile		
	1910	1911	1912	1910	1911	1912	1910	1911	1912
Januar . .	134	140	183	194	161	177	110	103	119
Februar . .	137	132	173	116	157	195	144	126	139
März . .	169	171	158	187	244	266	249	238	246
April . .	126	125	130	117	137	151	172	178	187
Mai . .	107	130	149	135	207	174	145	201	214
Juni . .	113	128	168	171	184	215	164	187	230
Juli . .	102	129	154	148	154	176	148	177	212

Als Ursachen des Rückganges werden einmal Inventurarbeiten der Werke im Monat Juli angegeben, dann aber dürfte die Abnahme auch darauf zurückzuführen sein, daß die Werke sich mehr der Produktion von Fertigwaren zugewendet haben.

Welche gewaltige Entwicklung die deutsche Eisenindustrie in den letzten Jahren genommen hat, erweisen auch die Exportzahlen. Der gesamte Export unserer Eisen- und Stahlindustrie betrug im Jahre 1900: 1.549 000 Tonnen, im Jahre 1911 stellte sich der Export auf 5.377 000 Tonnen. Roheisen ist an dem Export direkt nur mit einem Sechstel bis Siebtel der gesamten Menge beteiligt, eine Umrechnung der exportierten Eisenprodukte auf Roheisen ergibt, daß etwa 6,25 Millionen Tonnen der deutschen Roheisenproduktion für Ausfuhrweise Verwendung gefunden haben. Was diese Menge bedeutet, läßt die Feststellung erkennen, daß die gesamte Roheisenproduktion im Jahre 1896 nicht höher als der Export von Roheisen und weiterverarbeiteten Produkten im Jahre 1911 war.

Von der Verwaltung der Maximilianshütte in Rosenburg, deren Abschlußzahlen wir schon veröffentlichten, wird in dem Geschäftsbericht bemerkt, daß der für die Fertigfabrikate erzielte Durchschnittserlös um nahezu 2 M. für die Tonne höher als im Vorjahr gewesen ist, indem der Durchschnittspreis um 3 M. gegenüber 1909/10 gestiegen war. Inzwischen haben die Preiserhöhungen, wie schon erwähnt, weiter starke Fortschritte gemacht, nach den Notierungen der Düsseldorfer Montanbörsen betragen die Preiserhöhungen seit Juli des Vorjahres für Spiegelreisen Ia. 12½ M. für die Tonne, für Stahlreisen 7½ M., für deutsches Gleisereisen Nr. I 7,50 M., für deutsches Gleisereisen Nr. III 6 M., für deutsches Hämatt 7,50 M., für Stabeisen aus Flußeisen 21,50 M. die Tonne, für Stabeisen aus Schweisseisen 10 M., für Großbleche aus Flußeisen 12,50 M. und für Kleinteile aus Flußeisen gleichfalls 12,50 M. für die Tonne. Entsprechend gestalten sich auch die Ergebnisse der Unternehmungen der Montanindustrie, wobei zu berücksichtigen ist, daß diejenigen Betriebe, die über eigene Kohle verfügen, aus den Beziehungen und ihren Nebenbetrieben gleichfalls kolossal gestiegerte Gewinne ziehen.

Wie in diesen Tagen mitgeteilt wurde, beträgt der Mehrgewinn der Eisenkirchener Bergwerks-Gesellschaft im ersten Semester des laufenden Geschäftsjahrs im Vergleich der entsprechenden Vorjahrsperiode über 5 Millionen Mark, auch im Monat Juli hat sich diese Steigerung fortgesetzt, der Juli weist den höchsten je von Eisenkirchen erzielten Gewinn aus. — Der Abschluß des Eisen- und Stahlwerkes Höchstädt für das Geschäftsjahr 1911 ergibt einen Rohgewinn von 10.512.934 M. (im Vorjahr 9.101.690 M.). Hierdurch werden unter Anwendung der bisherigen Sätze 2.622.942 M. (2.529.215) zu Abschreibungen, 511.003 M. (387.908) zu Sonderabschreibungen und 1.800.000 M. (1.500.000) für die Besetzung und Verlegung von Werkverlagen verwendet. Der Generalversammlung soll vorgeschlagen werden, aus den einschließlich des Vortrages aus dem Vorjahr von 1.204.338 M. verbleibenden Übertrags von 6.788.317 M. (5.673.343) nach Zuweisung von 291.465 M. (0) zur Abwendung der gesetzlichen Reservefonds eine Dividende von 22 Prozent auf 17.700.000 M. alte Alten und eine solche von 11 Prozent auf 2.300.000 M. junge Alten gegen 20 Prozent im Vorjahr auszuzeichnen. Der nach Abzug der satzungsmäßigen Renten von 231.000 M. verbleibende Rest von 1.263.851 M. (1.204.338) wird auf neue Rechnung vorgestellt.

Von 10 auf 12 Prozent erhöht das Casper Eisen- und Stahlwerk seine Dividende für 1911/12, es stellt sich ein Vergleich der Zahlen des jüngsten Abschlusses mit denen der beiden Vorjahre folgendermaßen:

	1911/12 M.	1910/11 M.	1909/10 M.
Dividendenderechtiges Aktienkapital	10.000.000	10.000.000	10.000.000
Bruttoüberschuß	2.842.000	2.349.000	2.013.000
Neingewinn	1.754.000	1.434.000	1.152.000
Abschreibungen	1.088.000	916.000	861.000
Dividenden	12%	10%	8%

Sprunghohe Steigerungen der Dividende sind bei dem Eisenwerk, A.-G., zu verzeichnen, auf die Stammaktien wird eine Dividende von 15 gegen 11 Prozent im Vorjahr und auf die Vorrechtsaktien von 17 Prozent gegen 13 Prozent im Vorjahr zur Verteilung gelangen. Die Abschreibungen betragen 716.423 M. gegen 500.000 M. im Vorjahr, auf neue Rechnung werden nicht weniger als 264.285 M. vorgestragen, der Vortrag im Vorjahr belief sich auf 108.135 M. und im Jahre 1909/10 29.260 M. — Beim Wegener Walzwerk, A.-G., ergibt sich für 1911/12 ein Übertrags von 333.978 M. gegen 201.200 M. im Vorjahr, die Dividende beträgt 10 Prozent gegen 7 Prozent im Vorjahr, auf Vortrag kommen 62.728 M. gegen 16.868 M. für 1910/11. Das Wegener Walzwerk wird eine Kapitalerhöhung um 250.000 M. auf 1.500 Millionen Mark vornehmen, gefordert werden die neuen Mittel zum weiteren Ausbau, besonders für in Aussicht genommene, der Weiterverarbeitung eigener Fabrikate dienende Anlagen. — Fast eine Verdopplung des Übertrags mit 510.000 M. gegen 292.759 M. im Vorjahr ergibt der Jahresabschluß der A.-G. Eisenindustrie zu Menden und Scherte.

Neben die Fabrikationsunternehmungen, an denen die Aktiengesellschaft Brown, Boveri & Cie. in Baden, die bei einem Gesamtgewinn von 7.848 Millionen Franken gegen 6.863 Millionen Franken im Vorjahr wieder eine Dividende von 7 Prozent verteilt, beteiligt ist, sind dem Geschäftsbuch folgende Angaben zu entnehmen: Die Elektrofittschaft gießt für 1911/12 ein Übertrags von 333.978 M. gegen 201.200 M. im Vorjahr, die Dividende beträgt 10 Prozent gegen 7 Prozent im Vorjahr, auf Vortrag kommen 62.728 M. gegen 16.868 M. für 1910/11. Das Wegener Walzwerk wird eine Kapitalerhöhung um 250.000 M. auf 1.500 Millionen Mark vornehmen, gefordert werden die neuen Mittel zum weiteren Ausbau, besonders für in Aussicht genommene, der Weiterverarbeitung eigener Fabrikate dienende Anlagen. — Fast eine Verdopplung des Übertrags mit 510.000 M. gegen 292.759 M. im Vorjahr ergibt der Jahresabschluß der A.-G. Eisenindustrie zu Menden und Scherte.

Neben die Fabrikationsunternehmungen, an denen die Aktiengesellschaft Brown, Boveri & Cie. in Baden, die bei einem Gesamtgewinn von 7.848 Millionen Franken gegen 6.863 Millionen Franken im Vorjahr wieder eine Dividende von 7 Prozent verteilt, beteiligt ist, sind dem Geschäftsbuch folgende Angaben zu entnehmen: Die Elektrofittschaft gießt für 1911/12 ein Übertrags von 333.978 M. gegen 201.200 M. im Vorjahr, die Dividende beträgt 10 Prozent gegen 7 Prozent im Vorjahr, auf Vortrag kommen 62.728 M. gegen 16.868 M. für 1910/11. Das Wegener Walzwerk wird eine Kapitalerhöhung um 250.000 M. auf 1.500 Millionen Mark vornehmen, gefordert werden die neuen Mittel zum weiteren Ausbau, besonders für in Aussicht genommene, der Weiterverarbeitung eigener Fabrikate dienende Anlagen. — Fast eine Verdopplung des Übertrags mit 510.000 M. gegen 292.759 M. im Vorjahr ergibt der Jahresabschluß der A.-G. Eisenindustrie zu Menden und Scherte.

Neben die Fabrikationsunternehmungen, an denen die Aktiengesellschaft Brown, Boveri & Cie. in Baden, die bei einem Gesamtgewinn von 7.848 Millionen Franken gegen 6.863 Millionen Franken im Vorjahr wieder eine Dividende von 7 Prozent verteilt, beteiligt ist, sind dem Geschäftsbuch folgende Angaben zu entnehmen: Die Elektrofittschaft gießt für 1911/12 ein Übertrags von 333.978 M. gegen 201.200 M. im Vorjahr, die Dividende beträgt 10 Prozent gegen 7 Prozent im Vorjahr, auf Vortrag kommen 62.728 M. gegen 16.868 M. für 1910/11. Das Wegener Walzwerk wird eine Kapitalerhöhung um 250.000 M. auf 1.500 Millionen Mark vornehmen, gefordert werden die neuen Mittel zum weiteren Ausbau, besonders für in Aussicht genommene, der Weiterverarbeitung eigener Fabrikate dienende Anlagen. — Fast eine Verdopplung des Übertrags mit 510.000 M. gegen 292.759 M. im Vorjahr ergibt der Jahresabschluß der A.-G. Eisenindustrie zu Menden und Scherte.

Neben die Fabrikationsunternehmungen, an denen die Aktiengesellschaft Brown, Boveri & Cie. in Baden, die bei einem Gesamtgewinn von 7.848 Millionen Franken gegen 6.863 Millionen Franken im Vorjahr wieder eine Dividende von 7 Prozent verteilt, beteiligt ist, sind dem Geschäftsbuch folgende Angaben zu entnehmen: Die Elektrofittschaft gießt für 1911/12 ein Übertrags von 333.978 M. gegen 201.200 M. im Vorjahr, die Dividende beträgt 10 Prozent gegen 7 Prozent im Vorjahr, auf Vortrag kommen 62.728 M. gegen 16.868 M. für 1910/11. Das Wegener Walzwerk wird eine Kapitalerhöhung um 250.000 M. auf 1.500 Millionen Mark vornehmen, gefordert werden die neuen Mittel zum weiteren Ausbau, besonders für in Aussicht genommene, der Weiterverarbeitung eigener Fabrikate dienende Anlagen. — Fast eine Verdopplung des Übertrags mit 510.000 M. gegen 292.759 M. im Vorjahr ergibt der Jahresabschluß der A.-G. Eisenindustrie zu Menden und Scherte.

Neben die Fabrikationsunternehmungen, an denen die Aktiengesellschaft Brown, Boveri & Cie. in Baden, die bei einem Gesamtgewinn von 7.848 Millionen Franken gegen 6.863 Millionen Franken im Vorjahr wieder eine Dividende von 7 Prozent verteilt, beteiligt ist, sind dem Geschäftsbuch folgende Angaben zu entnehmen: Die Elektrofittschaft gießt für 1911/12 ein Übertrags von 333.978 M. gegen 201.200 M. im Vorjahr, die Dividende beträgt 10 Prozent gegen 7 Prozent im Vorjahr, auf Vortrag kommen 62.728 M. gegen 16.868 M. für 1910/11. Das Wegener Walzwerk wird eine Kapitalerhöhung um 250.000 M. auf 1.500 Millionen Mark vornehmen, gefordert werden die neuen Mittel zum weiteren Ausbau, besonders für in Aussicht genommene, der Weiterverarbeitung eigener Fabrikate dienende Anlagen. — Fast eine Verdopplung des Übertrags mit 510.000 M. gegen 292.759 M. im Vorjahr ergibt der Jahresabschluß der A.-G. Eisenindustrie zu Menden und Scherte.

hatten ihre rückläufige Bewegung nicht unterbrochen, und die Bevölkerungen, einen Zusammenschluß der konkurrierenden Fabriken herzuführen, setzen auch weiter ergebnislos verlaufen. Die Gewerkschaftskosten konnten neuerdings verringert werden. Im Schreibmaschinenbau sei die Gesellschaft zur Herstellung eines gut verkaufsfähigen Fabrikats gelangt; der Betrieb habe aber weitere Opfer erfordert und werde solche voraussichtlich auch noch in nächster Zeit in Anspruch nehmen. Die entstandenen Verluste seien abgeschrieben. — Da der Schreibmaschinenbau noch der Erklärung der Gesellschaft nicht nur keinen Gewinn erbracht, sondern Verluste erforderte, müssen die Erträge aus der Fahrabfertigung um so größer gewesen sein.

Von der A.-G. Eisen- und Fittingswerke in Mettmann, die im Frühjahr dieses Jahres aus der Vereinigung der Fittingswerke G. m. b. h. und dem Elsentwerk Krono G. m. b. h. in Velbert entstanden ist, wird für das erste Geschäftsjahr die Zahlung einer Dividende von 12 Prozent vorgeschlagen. Schrift schreitet die junge Aktiengesellschaft auch zur Kapitalerhöhung, es wird eine Vermehrung des Aktienkapitals von 500.000 M. auf 1,5 Millionen Mark vorgenommen.

Von der Maschinenbauanstalt Körner & Co. in Leipzig-Sellerhausen ist einem Aktionär unter dem 31. Juli ein Schreiben zugegangen, das in der Handelszeitung des Berliner Tageblatts veröffentlicht wird. Die Mitteilungen, die in verschlechterten Einsicht bemerkenswert sind, lauten: „Unsere Betriebe sind außerordentlich stark beschäftigt und trotz der bereits im Betriebe befindlichen neuen Werkstätten noch nicht imstande, die vielen Aufträge abzulehnen und besondere Orders zu übernehmen. Um jedoch unsere Filialen künftig in der Annahme von Aufträgen nicht so sehr beschränken zu müssen, haben wir uns entschlossen, noch eine weitere Vergrößerung unserer Betriebsanlagen vorzusehen, damit uns nicht solche Aufträge entgehen, für die nur eine kurze Lieferzeit gewünscht werden kann. Die jetzt im Bau befindliche kommt voransichtlich in aller Kürze in Betrieb, so daß wir hoffen, im neuen Geschäftsjahr den Umsatz wieder wesentlich vergrößern zu können. Der Umsatz des im 30. Jahr abgelaufenen Geschäftsjahres ist trotz einer Arbeiterauspaltung größer als im Vorjahr, und die Preise sind besser. Das Jahresergebnis 1911/12 läßt sich infolge unserer vielen in- und ausländischen Filialen nicht früher als

dem Unternehmertum ist es gleichgültig, ob ihre arbeiterfeindlichen Mittel noch so unmoralisch und unsocial sind, wenn nur ihr Gewinn sichergestellt und die moderne Arbeiterbewegung geschädigt wird. Der Zweck heiligt die Mittel, so heißt es auch bei den kapitalistischen Unternehmen.

Ja, es ist eine Lust, Arbeiter zu sein! Denn gar mächtig erstaunt ist das „soziale Pflichtgefühl“ in der Unternehmertum, nach gewissen „wissenschaftlichen Feststellungen“ schon vor mehr denn zwanzig Jahren, heute aber mehr denn je zuvor! Das „innere moralische Gesetz“ ist bei den Unternehmern so stark geworden, daß es alle anderen Gefühle verdrängt und so ein statliches Arbeiterschutzgesetz heute erst recht überflüssig gemacht hat. Das führen die deutschen Unternehmer und Industriellen selbst mehr als alle anderen, denn sie sind die Nachstrebenden. Und so haben sie denn zu wiederholten Malen gegen die Fortführung der Sozialpolitik Front gemacht und über die zunehmende sozialpolitische Belastung der Industrie geklagt. Ihren Arbeitern fehlt doch nichts. Die menschenfreudlichen Unternehmer und Industriellen tun doch alles für das Wohl der Arbeiter, was nur in ihren Kräften steht. Darum wollen sie sich den Ruhm auch nicht durch die Gesetzgebung nehmen lassen.

Wie schade nur, daß die Dinge in Wirklichkeit ganz anders liegen. Die industriellen Scharfmacher erbliden nur deshalb in der Sozialpolitik, eine unerträgliche Einmischung in ihre eigenen Angelegenheiten, eine unerhörte Beeinträchtigung ihrer autoritäten Stellung, weil sie ihren Profit beeinträchtigt und gefährdet sehen und weil sie „ihre“ Arbeitnehmer und Arbeiter nicht mehr nach Gutdünken über eine bestimmte Grenze hinaus beschäftigen und ausbauen können! Deshalb hat auch der Zentralverband deutscher Industrieller wiederholt Stellung gegen die Sozialpolitik genommen. Die Arbeiterbewegung, die sie mit allen Mitteln zu schädigen suchen, soll nicht durch die notwendige Weiterführung der Sozialpolitik neue Kraft und neue Agitationsmittel schöpfen können. Die Abhängigkeit der Arbeiterklasse und die Machstellung der Industriellen soll unangetastet bleiben. Und so berieten denn die im Zentralverband deutscher Industriellen organisierten Scharfmacher im Mai dieses Jahres in München nochmals über Mittel und Wege, wie sie ihre politische und wirtschaftliche Machstellung zum weiteren Schaden der Arbeiter aufrecht erhalten könnten. Sie forderten das gesetzliche Verbot des Streikpostenstehens. Und in einer Resolution gegen die Sozialpolitik richteten sie ihren Vorwurf gegen „die Bestrebungen, durch Schaffung neuer Instanzen den Unternehmer und Arbeitgeber aus der autoritäten Stellung in seinem Betriebe (!) zu verbrengen, ein Weg, der zum sozialistischen Arbeiterstaat führen würde.“

Sie experimentieren doch lieber noch mit ihren lieben Arbeitswilligen und Gelben, mit ihren abhängigen Angestellten und Beamten. Dabei kommt für sie doch noch etwas heraus. Wie weit dieses schöne Verhältnis schon gediehen ist, das zeigt in recht deutlich ein Circular aus der Maschinenfabrik Werk Augsburg. Obwohl dort eine Pflegestelle der gelben Unterstützungsvereine ist, geht es doch nicht mehr so recht vortrefflich mit der „gelben Sache“, trotz der Unterstützung der Partei geht es rückwärts in der Mitgliederzahl. Da sollen die Angestellten und Beamten einspringen, und im Betriebsbüro der Maschinenfabrik (I) wurde ein Rundschreiben ausgestellt, das lautet:

Arbeiterverein von „Werk Augsburg“ (E. V.). Ein großer Teil der Beamtenschaft von Werk Augsburg sind außerordentliche Mitglieder unseres Vereins; wir erlauben uns, Sie gleichfalls zum Beitritt einzuladen und bitten gegebenenfalls, antretende Beiratsmitglieder auszufüllen. Mindestbeitrag für außerordentliche Mitglieder 3 M. Mit der Mitgliedschaft ist auch Bezug der Zeitung „Die Wehr“ verbunden, welche ab 1. Juli dieses Jahres in achtseitiger Ausgabe erscheint, anstatt wie bisher in vier Seiten.“

Sollte das Rundschreiben einen größeren Erfolg zeitigen, so ist wohl mit Sicherheit anzunehmen, daß nicht der Hinweis auf die ehrliche Zeitung, sondern die „hohe“ Protection dazu beigetragen hat.

Dem industriellen Scharfmacher ist in neuerer Zeit eine weitere Hilfsgruppe entstanden, die sich verantwortlich dazu verordnen läßt, kämpfende Arbeiter in das alte Abhängigkeitsverhältnis zurückzubringen: die verantwortlichen Streitbrecher, die sogenannten Hindsgardisten. Die Industriellen sind sich über die Charakterlosigkeit und soziale Kinderherzigkeit dieser Leute völlig im klaren. Und doch sehen sie sich mit ihnen in Verbindung, sobald die organisierten Arbeiter mit ihren Forderungen Eindruck machen. Warum sie das tun, das hat der Streitbrechergeist hinter sich ausgedacht, als die Stacholder-Vorgriffe viel von sich reden machten und die öffentliche Aufmerksamkeit zum erstenmal auf die verantwortlichen Streitbrecher lenkte. Friedrich Hinde sprach sich damals zu einem Berichterstatter der Berliner Morgenpost wie folgt aus:

„Ich braue jeden Streit. Reine Leute können alles. Heute arbeite ich als Schöpfer, morgen als Lithograph und ein andermal haben sie Probleme... Die Leute brauchen ja nicht die Branche zu kennen, in der sie arbeiten sollen. Die Handwerke ist, daß sie da sind, damit die Organisierten den Ruh verlieren... Reine Leute erhalten nicht mehr bezahlt, als wie ein gewöhnlicher Arbeiter bekommen würde, aber die Gefahr reizt sie. Es reizt sie, daß sie ungestört loshauen können, daß die Leute fliegen.“

## Wärmeverluste durch Leitung und Strahlung.

Wenn durch ein ziemlich kaltes Metallrohr heißer Dampf geleitet wird, so führt man beim Verlusten der Wärmeverteilung ebenfalls eine mehr oder weniger starke Temperaturabnahme. Dieserart hat sich hier der Prozeß der sogenannten „Wärmeleitung“ abgespielt. Die hohen Wärme des Dampfes erzeugen höheren Wärmeschwingungen, haben sich im Metall von innen nach außen fortgepflanzt und machen sich schließlich der betriebenden Hand durch das Gefühl bewußt.

Aber die Wärme macht auf ihrem höchstenanteil keinen so großen Anfall an der Außenfläche des Rohres fest. Das läßt sich leicht am einfachen Rohr fühlen, wenn man die Hand in die Nähe des heißen Rohres bringt. Dann dringt die Wärme auch zu ihr. Zudem kann es sich dabei ebenfalls um Wärmeleitung handeln, wenn sich jetzt die Luft auf dem Metall des Rohres fest, das der Wärme einen Platz anbietet. Aber doch kommt hier zu Grunde ein anderer Prozeß zur Entwicklung. Denn die Luft als isolator ist eine schlechte Wärmeleitung.

Zum großen Teil wird die Wärme nämlich aus der Ausdehnung des Stoffes durch „Strahlung“ weitergeleitet. Man kann sich davon leicht überzeugen, wenn man ein Metallblech zwischen zwei Händen hält. Wärme die Luft eben die Wärmeleitung der Wärme, welche in jenseit des Raumes, ja beständige kein Raum, kommt die Luft hinter dem Blech plötzlich das Gefühl einer Erwärmung haben sollte. Und doch ist dies bestimmt der Fall. Es zeigt daraus, daß sie jedoch werden, daß die Wärme vornehmlich nach Art von Gegenstrahlung auftritt, und daß der Blech diese Bewegung offenbar gehemmt habe. Ungeachtet „Mathematik“, nach dem Prinzip der Wärmestrahlen, beginnigt die Luft das Entfernen der Wärme, obwohl sie selbst sich kaum zur eigentlichen Wärmeleitung befähigt.

So gibt es also zwei Faktoren, die in Bezug auf die Wärmeleitung zu unterscheiden sind: Wärmeleitung und Strahlung. Und Ihnen sei ein wenig aufgezeigt.

Die kapitalistische Entwicklung hat den Industriellen so manche Funktionen abgenommen, die nun die kaufmännischen Angestellten und technischen Beamten ausüben. Die Streitbrecheragenten nehmen ihnen gar noch die Sorge um einen „zweckläufigen Arbeitersmann“, um die Schaltung „ihrer“ Arbeiter in Rechtslosigkeit und Abhängigkeit ab, indem sie immer eine Abteilung als „willige“ Leute bereithalten, „damit die Organisierten den Nutzen verlieren“. Haben diese Arbeitswilligen ihre „Schuldigkeit“ getan, so stehen sie wieder anderen Industriellen zur Verfügung. Dieser Zustand wird durch die Behörden und Gerichte des Klassenstaates unterstützt, so daß die abenteuerlichen Streitbrecher zur weiteren Einschärfung der kämpfenden Arbeiter ungestrckt losbauen können.

Aber trotz aller Bemühungen und Anstrengungen der Scharfmacher ist es nicht gelungen, die Kampfbereitschaft, Geschlossenheit und Erfolge der modernen Arbeiterbewegung unwiderruflich zu machen. Eine Bewegung gegenüber, der Aufruhrsgesetze keinen nachhaltigen Schaden, dafür aber unberechenbare agitatorischen Gewinn gebracht haben, muß jedes andere Mittel versagen. Denn die Opferbereitschaft und das Klassenbewußtsein der organisierten Arbeiterchaft kann schon deshalb nicht einfach aufzugeben werden, weil es sich dabei nicht um bloße Erfindungen einiger Führer handelt. Die organisierten Arbeiter handeln als Mitglieder einer Gemeinschaft, einer Klasse; sie sind bereit, für ihre Klassenideale große Opfer zu bringen. Daraus hat der Scharfmacher die Versuch, Interessenkonflikte innerhalb der Arbeiterklasse zu schaffen, nichts ändern können. Dieses steigende und unbirrbare Moment des Erfolges hat vor kurzem ein bürgerlicher Parlamentarier anerkannt und hervorgehoben. Er hat auch darauf hingewiesen, daß die Verbelebung der Christenheit gegenüber der Scharfmacher nicht einschlägernd, sondern aufreizend auf die kämpfenden Arbeiter wirkt und daß die besterstellten Arbeiter nicht so sehr nach ihren persönlichen materiellen Interessen, als vielmehr nach denen der Gesamtheit fragen. Es war der bürgerliche Vertreter von Rastatt, Dr. Vogel, der Ende April dieses Jahres in der badischen Zweiwochenkammer über den Streit in der Rastatter Waggonfabrik unter anderin diese Ausführungen machte:

„Die Forderungen der Arbeiter sind an sich befriedigend und bislautibel gewesen. Dagegen hat die Fabrikleitung grundsätzlich jede Verhandlung abgelehnt, die Organisationen der Arbeiter nicht anerkannt und sich auf den Machtpunkt gestellt, ein Standpunkt, den sich ein moderner Mensch nicht gefallen lassen wird und der unter den anfangs ruhig und gemäßigt aufstrebenden Arbeitern zur Erbitterung führen müsste. Sogar einen Revers hat die Fabrikleitung den Arbeitern vorgelegt, wonach sie sich verpflichten sollten, keiner Organisation anzugehören und keine Unterstützung an Streikende zu zahlen. Ganz gegen die eigenen materiellen Interessen hat sich auch der sehr gut bezahlte Teil der Arbeiterschaft aus einem idealen, stützlich hoch zu verordnenden Solidaritätsgefühl — der brave Mann denkt an sich selbst zuletzt“ — der Beweis angeflossen. Hier trifft das Wort des Ministers (Dr. Bodmann) von der Arbeiterschaft als einer großartigen Bewegung zur Befreiung des vierten Standes zu. Unberührbarlich gerecht hat die Fabrikleitung dann auch die Ausständigen durch Heranziehung der so genannten Hamburger, denen es mehr um Abenteuer, als um Arbeit zu tun war. — Ausschreitungen sind jedoch in Rastatt eine Seltenheit geworden, trotz der monatelangen Dauer des Streiks, bei dem man deutlich die Beobachtung machen konnte, daß die sozial verantwortlichen Elemente, nämlich diejenigen, die für eine Siedlung der Allgemeinheit Opfer zu bringen wissen, auf Seiten der Streikenden und nicht auf Seiten der Arbeitswilligen zu finden sind.“

So hat selbst „das beste Mittel zur Bekämpfung der Unzufriedenheit“, das vor 23 Jahren Dr. Böhmer wissenschaftlich herausgefunden hatte, ein volliges Fiasko erlitten; es nutzte dem „statisch“ hoch zu veranschlagenden „Solidaritätsgefühl“ der organisierten Arbeiterschaft, gleichviel ob besser oder schlechter gestellt, nichts. Mit Ingrimmischen die hohen und niederen, reichen und armen Seelen der Arbeiterbewegung das Anwachsen und Vordringen der Arbeiterorganisationen. Sie können nicht Einfluß gebieten, weil die Kampforganisationen der Arbeiter die „sozial verantwortlichen Elemente“ organisiert haben, und diese sind, wenn auch jetzt noch in der Minderheit, die Überlegenheit. Die Unternehmer, die keine mehr denn je den Herrenstandpunkt und ihre Profite, anstatt einen Teild davon an die „Würde des Wohlstandes“ abzutreten, ins ungemeine steigern, sind deshalb auch weniger denn je vor Arbeitsaufnahmen füster. Und erst recht nicht vor Zugeständnissen an die kämpfenden Arbeiter. Schreit doch mit der Fabrikleitung Entwicklung die Proletarialisierung vorwärts und schon sehen sie die Massen der industriellen Angestellten und Beamten vor die dringende Notwendigkeit gestellt, mehr und mehr zur gewerkschaftlichen Verschönerung ihrer Interessen überzugehen. Es gibt auch für sie keine andere Möglichkeit mehr, aus der immer unerträglicher werdenden Lage der Rechtslosigkeit, Ausbeutung und Abhängigkeit herauszufinden.

So kann denn die Arbeiterschaft zumindesten den Kampf auf der ganzen Linie und mit immer neuen Mitteln weiterführen, allen Mitteln der brutalen Gewalt, allen Mitteln der Unwiderstehung und der sozialen Unmoral zum Trotz. Die Arbeiterbewegung steht nicht still. Sie will sich weiter richten. Ihr gehört doch das Feld.

Eine hohe Leistungsfähigkeit für Wärme ist bei den Metallen zu fordern. Hier sei eine kleine Tabelle gegeben, die die Leistungsfähigkeit verschiedener Metalle. Es ist dabei für Silber die Zahl 100 angenommen worden. Sie besagt für sich nichts, sondern sie hat nur Bedeutung zum Ausdruck des Verhältnisses zwischen Silber und anderen Stoffen.

Silber 100 (100)	Kupfer 74 (73)	Gold 53 (59)
Weißgold 24 (22)	Eisen 15 (13)	Blei 9 (11)
Platin 8 (10)	Penzilber 6 (6)	Wismut 2 (2)

Bei dieser Tabelle steht der Ziffer unter jeder Angabe nach einer eingeklammerten Zahl. Diese charakterisiert die elektrische Leistungsfähigkeit des betrachteten Stoffes. Es ist natürlich darüber interessant, die Leistungsfähigkeit für Wärme und Elektrizität zu vergleichen. Allerdings kann dabei, daß beide Eigenschaften einander entgegen, oder daß sie mehr oder weniger übereinstimmen. Vielleicht würden öfters solche Beziehungen nach beobachten zeigen, daß wirklich eine vollständige Korrelation besteht. Sie könnte aus nicht bestehend, wenn man nur den rohen Zusammenhang der thermischen und elektrischen Eigenschaften kennt.

Leider interessiert in noch die hohe Leistungsfähigkeit des Kupfers, die gegen der des Eisens weit überlegen ist, und die vielleicht die des Eisens bedeutend übertrifft.

Diesen Ergebnissen kann man andere von ausgesprochen geringem Leistungsdurchschnitt gegenüberstellen. Wer bezeichnet sie auch wohl als „Metallenen“, indem man dabei schon an eine Verwendung denkt, die aus weiter unten beschrieben soll.

Stieber gehörte zum Beispiel Kupfer, Gold, Eisen, Stahl, Eisen, Zink, Zinn, Blei, Silber und Bergkristall. Wir sehen, daß die organische Welt wissenschaftliche Stoffe liebt, die die Wärme schlecht leiten, und es ist auch nicht schwer, ihre freundlichen Absichten zu erkennen, wenn wir zum Beispiel den Eisen mit einem kleinen Eis bekleben sehen.

Diesen teils der Gläsernen, teils der Eisen ausgebildenden Materialien steht nun von Mineralien her eben die Luft gegenüber, deren geringe Wärmeleitungsfähigkeit bereits erwähnt wurde.

## Hüttenarbeitereschub.

Der Grund des allzeitigen Angriffes ist lediglich in Wettbewerbsinteressen der Gewerkschaften zu suchen. Bisher ist die Arbeiterchaft der Großbetriebsindustrie noch nicht so vom Organisationsleiter ergriffen worden, und daher erläßt sich das jetzt einziger Zeit mit aller Gewalt begonnene Neuen und Buhlen um die Arbeitskunst durch die sozialdemokratischen und die christlichen Gewerkschaften.“

So schreibt die königliche Bettung in ihrer Nr. 818 vom Samstag dem 20. Juli. Der christliche Generalsekretär Stegerwald hat ja in einem Jahresbericht ausgeschrieben, daß bei der starken sozialdemokratischen Arbeiterbewegung in Deutschland mit Süßholzspeln keine Massen zu gewinnen seien. Erstlichlich ist es da ja, daß die sozialdemokratische Bewegung und ihre eifrige Tätigkeit für die Förderung der Arbeiterinteressen auf die Christen einigermaßen als Peitsche wirkte, da die M.-Gladbach er ja auch gern eine Peitsche werden möchte. Indest ist dem Hoffnungsträger ja nun der Peitschenjäger gefolgt und das Süßholzspiel ist die „Förderung des Tages“. Der Biss muß. Auf dem Gebiete des Hüttenarbeitereschubs liegen die Dinge aber so im Argen, daß sie zum Himmel schreien. Und weil die Christen glauben, in den Hüttenarbeiterbezirken am Ende doch noch einen Anhang zu gewinnen, hat man dem Worte Stegerwalds für diese Bezirke eine beschränkte Gelung- und eine Gnadenstrafe gewährt.

Allerdings, als wir in dem Bericht über die 7. Generalversammlung des christlichen Metallarbeiterverbandes in der Nr. 31 der Metallarbeiter-Zeitung vom 8. August 1912 erklärt, daß die Wurzeln von der „Priorität“ der Christen beim Hüttenarbeitereschub mit der Seele von Giesberts nun wohl endlich zu Grabe getragen sei, halten wieder die Christlichkeit der Christen wieder zuviel zugetraut. Aber diese falschen sogar die doch anscheinend wohlgetätigten Worte der eigenen Freunde. Die Föderation der Dortmunder Kremoni haben wir bereits festgestellt. Der „christliche“ Deutsche Metallarbeiterbund berichtet in seiner Nr. 30 vom 27. Juli dasselbe wie das Dortmunder Zentralinstitut. Es steht da: „Neben führt etwa folgendes aus: Durch das Wirken des christlichen Metallarbeiterverbandes, der als erste Organisation schon seit dem Ausbau des Arbeiterschutzes in den Hütten- und Walzwerken eingreiten sei“ u. s. w. Möglicherweise kann man danach annehmen, daß die falschen Berichte der „christlichen“ Blätter in Dortmund und in Duisburg aus derselben Quelle kommen. Nur diesen Vorwurf der Föderation sind die beiden Blätter mit keinem Wort eingegangen, obwohl der Deutsche Metallarbeiter in seiner Nr. 31 vom 8. August einen langen Artikel über die Spiegelung der christlichen Tugung in der sozialdemokratischen Presse brachte. Man ließ die wichtige Frage aus dem Spiel. Das genügt wohl.

Um so größeren Ärger machen die Zentrumsschriften aber wegen einiger Artikel, die die königliche Zeitung aus Unzufriedenheit des Redes von Giesberts über den Hüttenarbeitereschub gebracht hat. Der erste dieser Artikel: „Die Großeisenindustrie und die Christen“ erschien in der Nr. 805 der königlichen Zeitung vom Mittwoch den 17. Juli. Es gibt im wesentlichen Ausführungen von Giesberts wieder. Am Anfang des Artikels heißt es, daß in der kommenden Session des Reichstages die Hüttenarbeitereschubverordnung voraussichtlich gründlich erörtert werden würde, und am Schluß: die Regierung werde sich bald zu der Bundesratsverordnung erklären müssen; im Reichstage würden auch die Ansichten der Arbeitgeber geltend gemacht und gehörten werden.

Der zweite Artikel: „Die Arbeitsszeit in der Großei- senindustrie“ in Nr. 813 der königlichen Zeitung vom Freitag den 19. Juli fährt großes Geschäft auf. Es wird im Widerspruch zu dem folgenden dritten Artikel zugegeben, daß die Arbeitsszeit auf den Hütten- und Walzwerken „ungebräuchlich groß“ ist. „Über unter den heute gegebenen Verhältnissen“, so heißt es, „ist unsere Hütten- und Walzwerksindustrie, einer der wichtigsten Zweige der deutschen Industrie, gar nicht imstande, an Stelle der zwölfstündigen Arbeitsschicht die achtstündige einzuführen. Es könnte sich nur ein Weg bieten, das wäre eine internationale Verständigung. Hier ist nun ein Vorschlag aus den letzten Wochen sehr lehrreich. Die Internationale Vereinigung für gesetzliche Arbeitsschuk, die alle zwei Jahre Beratungen abhält, und in diesem Jahre vom 9. bis zum 11. September in Zürich tagt, hat eine Sonderkommission zum Studium und zur Beratung der Frage der Arbeitsszeitverkürzung in den in Tag- und Nachtarbeits ununterbrochen arbeitenden Betrieben eingesetzt. Diese Kommission hat am 11. und 12. Juni in London eine Sitzung abgehalten; es waren aus 12 Ländern 32 Delegierte erschienen. Wie die M.-Gladbach-Westdeutsche Arbeiter-Zeitung berichtet, nahmen aus Deutschland als Beauftragte der Gesellschaft für soziale Reform Professor Dr. Zimmermann, Reichstagsabgeordneter Giesberts und Leibnitz-Berlin teil; zwei Vertreter des christlichen Metallarbeiterverbandes und des Christlichen Gewerkschafts der Maschinenbauer erklärten Gutachten über die Arbeitszeit in der schweren Eisenindustrie. Die Kommission faßte folgenden Besluß: 1. Angeblich der tatsächlichen, welche vor die Kommission gebracht wurden, sind wir der Ansicht, daß

für Wärmeleistungsfähigkeit 20 000mal geringer als das des Kupfers. Möglicherweise ist der luftleere Raum; denn in ihm befindet sich ja kein Stoff, der die Wärmeleitung übernehmen könnte. Würde man also ein heißes Rohr mit einem zweiten umhüllen und den luftleeren Raum absolut leer pumpen, so würde keine Wärmeleitung zur Stelle stattfinden, und es bliebe die Wärme ganz auf das innere Rohr beschränkt, wenn die Sitzungen wissenschaftlichen Ausdruck finden sollten, die sich im Inneren auch des luftleeren Raumes vollziehen, ausgeholtet werden könnten.

Ist ein heißes Rohr von Luft umgeben, so kommt neben der Strahlung, wie wir schon dargestellt, auch die Leitung der Wärme in Betracht. Denn diese verschlägt sich ja nicht nur durch Aetherwellungen, die von der Luft fast ungehindert durchgelassen werden, sondern bis zu einem gewissen Grade kommt doch auch jene Leistungsfähigkeit in Betracht, die selbst einer ganz trockenen Atmosphäre eigen ist. Hier sind nun Größe, Form und Lage des betrachteten Körpers zu berücksichtigen, wenn man bestimmen will, wie viele Wärmeeinheiten pro Quadratzentimeter und Stunde bei gewissen Temperaturverhältnissen abgegeben werden. Wir wollen auf dies an sich sehr umfangreiche Gebiet nicht eingehen und uns mit ein paar Berechnungen begnügen. Eine Kugel gibt an die umgebende Luft direkt weniger Wärme ab, als ein horizontaler Zylinder, der mit jener gleichen Durchmesser hat, und ein stehender Zylinder zeigt wieder ganz andere Verhältnisse als ein liegender. Es gibt dafür ganz beindruckende Formeln, die vorzuführen hier zu weit führen würden. Wenden wir uns noch den Beobachtungen über die Leitung der Wärme fest jener Abgabe zu, die durch Strahlung erfolgt. Strahlt unser Kupfer Wärme aus, so nimmt diese Strahlung offenbar ihren Ausgang von der Außenseite des Kupfers, und es ist wohl klar, daß hier die physische und die chemische Beschaffenheit deszelfen ausschlaggebend sein werden, soweit von den Temperaturverhältnissen abgesehen wird. Bekannt ist zunächst der Satz der Physik, daß runde und dünne Körper ihre Wärme durch Strahlung stärker und rascher verlieren, als wenn sie flach und hell sind.

Gewisser seien hier nach Beileg einige Daten angeführt, die sich auf verschiedene Stoffe beziehen, die also auch eckigen Formen haben. So gilt es also zwei Faktoren, die in Bezug auf die Wärmeleitung zu unterscheiden sind: Wärmeleitung und Strahlung. Und Ihnen sei ein wenig aufgezeigt.

die Achtfundenschicht in Industrien mit ununterbrochenem Betriebe (Tag- und Nacharbeit) das beste Schichtsystem ist und wir empfehlen es vom Standpunkte des körperlichen und städtischen Wohlergehens der Arbeiter und im sozialen und wirtschaftlichen Interesse. 2. Die Kommission erachtet auf Grund der Verhältnisse der einzelnen Landesabteilungen, daß die Achtfundenschicht für die Arbeiter an den Hochöfen und in den Hütten-, Stahl- und Walzwerken in erster Linie notwendig und durchdringlich ist. 3. Die Kommission fordert die internationale Vereinigung auf, an die Regierungen die Bitte zu richten, möglichst bald eine Konferenz der interessierten Staaten einzuberufen mit der Aufgabe, eine Verständigung über die Einführung der Achtfundenschicht anzustreben."

Weiter heißt es in dem Artikel der Kölnerischen Zeitung: "In dem Bericht der M.-Gladbacher Westdeutschen Arbeiterzeitung werden zu diesem Beschluss, der die Kölner Tagung im September beschäftigen soll, sehr beweiskräftige Ausführungen gemacht. Ob für den Londoner Kommissionsbeschluß bald ein praktischer Erfolg zu erwarten sei, erichte allerdings etwas zwecklos. Die schwere Eisenindustrie sei ein erheblich kompliziertes Gebiet; ganz besonders würden hier die Rücksichten zwischen den großen Eisenproduzierenden Ländern in den Vordergrund treten. Wenn Deutschland, England und die Vereinigten Staaten sich auf eine internationale Regelung einigen könnten, dann würden alle anderen Staaten wohl keine erheblichen Schwierigkeiten mehr machen. Die internationale Vereinigung werde darum festzustellen haben, inwiefern die Regierungen dieser Länder genutzt seien, eine internationale Regelung vorzunehmen. Bei gutem Willen würde es nicht schwer fallen, eine internationale Durchzuführen; denn die Produktionsweise sei in fast allen Ländern die gleiche." II. f. w.

Die Kölnerische Zeitung meint dazu, daß Klinge doch etwas Anders als die "einfachen und verlässlichen Mittelsetzungen auf der Darmstädter Tagung der Sozialistischen". Wir haben die Erörterungen über die Vorgänge auf der Londoner Konferenz deshalb etwas ausführlicher wiedergegeben, weil die christlichen — und auch die Kölnerischen — Männer seit letzter Zeit schon laut krähen über die in Aussicht gestellten großen Toten der Internationalen Vereinigung für geistliche Arbeiterschutz; der Grund war, daß diese Internationale die beiden Ausarbeiterorganisationen lieblos unter die Füße genommen hat! Nun schlägt das Blatt der rheinischen Großindustrie den Zentrumskirchen die Leidenschaft der Londoner Tagung und ihre "Erläuterung" durch das Gladbach-Zentrumskirchenblatt um die Ohren!

Um Schlüsse des zweiten Artikels der Kölnerischen Zeitung heißt es: "Alles in allem: die Zwölfstundenschicht in den Hütten- und Walzwerken ist eine wirtschaftliche und technische Notwendigkeit; in dieser Beziehung eine Achtfundenschicht durch eine internationale Vereinigung herbeizuführen, ist eine so schwierige und verwirrende Frage, daß eine Deutschland beriedigte Lösung in absehbarer Zeit nicht zu erwarten ist; zur Beseitigung von Missständen in allzulanger Arbeitszeit soll die Bundesratsverordnung von 1909 noch geprüft und gegebenenfalls unter Wahrung der Leistungsfähigkeit und Konkurrenzfähigkeit unserer Großbetriebsindustrie einer Reform unterzogen werden."

Der dritte Artikel: "Die Arbeiterverhältnisse in der Großisenindustrie" erschien in der Nr. 818 der Kölnerischen Zeitung vom Samstag den 29. Juli. Er war dem Blatt von "sozialistischer Seite" zugegangen. Da heißt es, daß sich Giesberts vollkommen auf den Boden der herkömmlichen sozialdemokratischen Kampfweise gestellt und daß der Duisburger Gewerbeinspektor Schöpfl "verwirrte Zäne" angeschlagen habe! Da merkt man schon auf Weise die Abfall; doch Prulus ist ein ehrenwerter Mann! In dem Artikel heißt es, in anderen Gewerben sei der Prozentsatz der Überarbeit wesentlich größer als bei der Großisenindustrie. Dann wird von der angeblich durch die technischen Neuerungen ausnahmslos eingetretene körperliche Entlastung geredet. „Im Durchschnitt“ soll die tatsächliche Arbeitszeit an Hochöfen etwa 6 bis 7 Stunden in der zwölfstündigen Schicht betragen und es fehlt, bei dieser Zeitspruchnahme könne der Arbeiter sehr wohl "gesegnetisch" Überarbeit leisten trotz der zwölfstündigen Schicht. Auch auf der bekannten internationalen Londoner Konferenz im Juni dieses Jahres wurde auerkannt, daß die "intermittierende Arbeitsweise viel weniger Anstrengung körperlicher Kraft verlangt, als manche Acht- oder Bohnstundendarbeitschichten anderer Industrien". So wird die Londoner Tagung mit ihren christlichen und anderen Sachverständigen den christlichen Metallarbeitern noch einmal entgegengehalten.

Im weiteren kommt der "Schmarrn" der Kölnerischen Zeitung zu einer wirklichen Arbeitszeit von stetsweise 5½ Stunden in der Schicht und er meint, diese "Feststellung" sei höchstens geeignet, die "öffentliche Meinung doch etwas umzustimmen". Dazu können wir aus eigner Erfahrung folgendes sagen. Nichts ist, daß die technischen Neuerungen die Arbeiter wesentlich entlasten können. Im kapitalistischen Betrieb hingegen werden diese Neuerungen nur unter dem Gesichtspunkt der größeren Allokationsrente und des größeren Profits betrachtet. Vor 20 und 15 Jahren lagen viel mehr und

die chemische Industrie sich geltend macht. Es sind die Strahlungsstoffzusammensetzen für:

Silber (poliert)	0,13	Eisen (gewöhnlich)	2,77
Kupfer (rot)	0,16	- Guß blank	3,17
Zinn	0,22	- (oxidiert)	3,36
Amt	0,24	Mauersteine, Gips, Tegel-	
Wesung (poliert)	0,26	roste	3,60
Eisen	0,46	Stärke	3,71
(verbreitet)	0,65	Ol.	7,24

Auch hier kann man erkennen, daß Stoff und physische Beschaffenheit der strahlenden Fläche zusammenwirken. So strahlt verdecktes Eisen offenbar die Wärme stärker aus als solches, das blank poliert ist, während anderseits Guß wegen der chemischen Eigenschaften sie doch stark ausstrahlt, auch wenn man ihn blank geputzt hat.

Natürlich spielt bei den Wärmeverlusten stets die Temperatur eine bedeutende Rolle. Es ist ja klar, daß, wenn die Luft, die ein Rohr umgibt, dieselbe hohe Temperatur hätte, wie dieses, ebenfalls keine Wärme vorhanden wäre, die das Rohr bewegen könnte, durch direkte Verlustrung Wärme an die Umgebung abzuführen, die ja schon damit selbst hinreichend versieht wäre. Zede Wärmeabgabe — auch eine solche durch Strahlung — setzt ziemlich eine Temperaturdifferenz, ein Temperaturgefälle voraus. Nur wenn die umgebende Luft kälter als der betreffende Körper ist, findet eine Abströmung statt.

Dabei ist aber wieder ein wichtiges Gesetz zu beachten: Es steigt die Wärmeabgabe in höherem Maße als die Temperaturdifferenz. Machen wir uns das an einigen Zahlen deutlich. Wenn das Rohr 100 Grad wärmer ist als seine Umgebung, so wird in einer gewissen Zeit von jedem Quadratmeter eine gewisse Menge von Wärmeinhalten ausgestrahlt werden. Wird nun das Rohr um 200 Grad heißer als die Luft ringsum, so ist unmittelbar klar, daß jedenfalls mehr Wärme ausgestrahlt wird. Man darf aber nicht annehmen, daß es sich dabei um ein doppelt so großes Quantum handle. Das gärtliche Gesetz behält vielmehr, daß auf einen gegebenen Verlust zu zählen ist. Seine rechnerische Bestimmung ist allerdings mühsam, und wie beweisen uns, die Zulage in allgemeiner Form zu rechnen.

In welcher Weise sind nun aber die festgestellten Tatsachen zu

viel größere Ruhepausen zwischen den einzelnen Arbeitsprozessen. Unter der modernen Arbeitszeit sind diese Erholungspausen fast reflexlos ausgetilgt worden. Und eine weitere Folge ist, daß die finanziell ungünstiger liegenden Werke, die die neuen und teureren Maschinen nicht immer gleich anschaffen können, die Arbeiter noch über das Durchschnittsniveau beanspruchen, um in etwa mit den modernen Maschinen konkurrieren zu können. Darüber hinaus ist es Unruhe, von Ruhe zu reden, wenn der Arbeitsprozeß eine Welle einmal nicht die ganze Kraft des Arbeiters auspricht. Dann sind eben in der Regel Aussichts-, Ruhezimmers- oder Vorbereitungsarbeiten zu besorgen. Die ganzen groß Stunden immer im höchsten Maße beansprucht zu werden, würde eben auch kein Hüttenmann aushalten.

Auch noch andere ausgesprochene Unternehmerblätter, so die Deutsche Arbeitgeber-Zeitung, bewiesen bei der Gelegenheit wieder die alte Erfahrungstatsache, daß, so viele Kinder die Christen den Kapitalisten auch sind, wenn sie in "Gewerbesolidarität" und Streikbruch machen und sich als "Sturmbock gegen die Sozialdemokratie" herausstreichen, sie doch in gleicher Weise behandelt werden wie die Sozialdemokraten, wenn es nur von weitem so scheint, als ob dem Geldschrank der Reichen Gefahr drohen könnte.

Giesberts erwidert auf die Angriffe der Kölnerischen Zeitung in einem langen Artikel: "Die Reform der Arbeitszeit in der Großisenindustrie" in der Nr. 685 der Kölnerischen Volkszeitung vom Montag den 5. August. Der Vortrag der Kölnerischen Zeitung, daß sich Giesberts mit seinen Worten über das Aussaugen von ganzen Generationen, über den Höhepunkt der deutschen Industrie, über die menschenunwürdigen Zustände und den Raubbau an der deutschen Volksgesundheit, kommen auf den Boden der herkömmlichen sozialdemokratischen Kampfweise gestellt" habe, muß Giesberts sehr getroffen haben; er sucht hinter dem — Gewerbeinspektor Schöpfl Redung! Ob dieser in diesem Falle davon erbaut ist, ist eine andere Frage. Neben die Kosten der Durchführung der Achtfundenschicht in den Feuerbetrieben wird eine Auflistung von Wieber angeführt. Wie Giesberts schreibt, untersucht Wieber, wie die Kosten aufzubringen seien, und sagt dazu: „1. Durch bessere Ausnutzung der Betriebe und größere Leistungsfähigkeit der Arbeiter. Es kann angenommen werden, daß ein Drittel der Mehrbelastung durch bessere Ausnutzung des Betriebs, größere Leistungsfähigkeit der Arbeiter u. s. w. wieder ausgeglichen wird. Mithin werden etwa zwei Drittel der Kosten in der Preissteigerung ihren Ausgleich finden müssen, welche der Allgemeinheit zur Last fällt. Die Mehrbelastung der Volkswirtschaft würde, auf den Kopf der Bevölkerung gerechnet, kaum 1 M. betragen. Unter Volk tritt für andere Brüder ganz andere Opfer, es sei hier nur an die Arbeiter (II) u. s. w. erinnert. 2. Da die Ursachen und Konsequenzen sich vermindern würden, durch geringere Belastungen zu den Versicherungssätzen. 3. Die Reinigung der Werke können noch eine Verminderung erfahren, und die Alttöchter würden immer noch gute Erfahrungen erhalten. 4. Ein geringer Preisaufschlag auf die Produkte. Es kann die Frage aufgeworfen werden, ob das Wirtschaftsleben diese Belastung ertragen wird. Die Frage ist unbedingt zu bejahen. Die Hauptabnehmer der Produktion dieser Werke sind vorwiegend das Reich, die Einzelstaaten, die Provinzen, Kommunen, öffentlich-rechtliche Körperschaften u. s. w. Zwei Drittel der Produktion werden ohne Zweifel von den Genannten abgenommen.“

Die Frage der Alttöchter ist aber insofern ziemlich unerheblich, als da doch das Volk trägt. Wenn die etwaigen Mehraufwendungen durch Preiserhöhungen ausgeglichen werden sollen, wird es zu einem guten Teile die Arbeiter wieder selbst treffen, wenn auch andere Gruppen. Bei den großen Gewinnen, die die Großisenindustrie einsaet, können die Unternehmer, so es not tun sollte, ganz erheblich in den Beutel greifen. Man lasse aber die arme Volksmasse ungeschoren.

Erwähnt sei hier noch einmal, daß ein Werkstattleitor aus eigenem Anteile die Achtfundenschicht in seinem Betrieb eingeführt und daß er keine Minderleistung beobachtet hatte. Werk und Arbeiter standen sich gut dabei. Trotzdem wurde dem Direktor befohlen, die Zwölfstundenschicht wieder einzuführen, mit der Erläuterung, daß man dem Streben der Arbeiter nach Verkürzung der Arbeitszeit keinen Rückstand leisten dürfe! Die angeblichen Mehrkosten sind eben nicht der allein wesentliche Grund für die Hassstättigkeit der Unternehmer, sondern es kommen die idealen Vorteile einer größeren Freizeit für die Hüttenarbeiter hinzu.

Giesberts schreibt unter anderem weiter: „Deshalb kann keine Rede davon sein, Überarbeit überhaupt zu verbieten, sondern die Förderung geht dahin, die Arbeitszeit im allgemeinen auf ein solches Maß zu reduzieren, daß die notwendige Überarbeit ohne Schädigung der Gesundheit und des Lebens der Arbeiter geleistet werden kann.“ Das genügt aber nicht; die Arbeitszeit und besonders die Überarbeitzeit ist, bis jetzt zu reduzieren, daß nicht nur eben Leben und Gesundheit der Arbeiter nicht gefährdet werden, sondern daß die Hüttenarbeiter auch auerhendende Zeit haben, darüber hinaus Mensch zu sein. Zum Schluß noch eins. Die Hütten- und Walzwerkarbeiter sind eines besseren Schutzes so bedürftig, daß es

verhindern, wenn man sich gegen Wärmeverluste schützen will, die bei weitgezirkten heißen Dampfrohren bestätigt werden? Es kann hier nicht Aufgabe sein, für irgend ein Isolationsystem Propaganda zu machen. Vielmehr wollen wir uns nur die Prinzipien vergegenwärtigen, noch welchen zu verfechten ist, und wir wollen uns der Mit-Teilnahme, die uns zur Erreichung des Ziels zur Verfügung stehen.

Auf jeden Fall wird man das Rohr u. s. w. zunächst mit einer Schicht aus einem schlecht leitenden Material umgeben müssen. Wird die Wärme hier mehr oder weniger festgehalten, so kann sie natürlich später auch nur entsprechend wenig austreten. Hier eignet sich aber durchaus nicht jeder "schlechte" Werkstoff. Denn natürlich wird die Wollmasse sehr heiß, und es ist offenbar notwendig, daß sie dies vertrage. Würde man zum Beispiel Stroh nehmen, so wäre dies acrode zu gefährlich. Denn es tritt dann eine trockene Destillation ein, die schließlich dahin führen kann, daß die Wollerschicht sich selbst entzündet. Vielleicht wird es unvermeidlich sein, auch bei der Wahl zweitmäßiger Materialien besondere Vorsichtungen zu treffen, um eine allzu große Erhitzung zu vermeiden. Man hat verschiedene Mittel angewendet, unter denen Arbeit, Kleidung und die Herstellung einer das Material schützenden Dichtschicht erwähnt seien.

Sind nun die Temperaturverhältnisse und die Gestalt des betreffenden Körpers gegeben, den man schützen will, so ist es nur noch möglich, für eine Oberfläche zu sorgen, die möglichst wenig für Wärmeabstrahlung geeignet ist. Wenn auch die beste Isolationsmasse läßt schließlich Wärme nach außen dringen, und es ist dorum nötig, hier den Weg nochmals zu verkarrierieren. Die Mittel ergeben sich aus dem oben Gesagten. Wäre Silber nicht ein wenig zu kostbar, so könnte man außen um die Isolierschicht noch einen schönen, blank polierten Mantel aus diesem edlen Metall legen, der nur eine geringe Ausstrahlung zulassen würde. Allerdings löst sich jedoch eine Hülle aus Metall auf, wenn die Ausstrahlung allerdings fast doppelt so groß ist, wie bei Silber, wodurch aber doch ein recht wissamer Schutz geschaffen werden kann. Es eigentlich würde nach den Angaben von Wieber dagegen ein Anstieg mit Oelfarbe sein, weil dann die Oberfläche einen sehr hohen Strahlungskoeffizienten erhielte.

gleich ist, wer ihn fördert. Diesen fehlenden Wertes Giesberts wird man natürlich zustimmen; nur muß es sich eben um eine ehrliche Förderung handeln. Da steht aber auf, daß die Christen an einen wunden Punkt bei der Durchführung der Hüttenarbeiterbeschwerbung mit Stillschweigen vorbeigehen, obwohl die sozialdemokratische Presse und auch die Metallarbeiter-Zeitung wiederholts darauf hingewiesen hat. Nach der Kölnischen Zeitung hat der Duisburger Gewerbeinspektor auf der christlichen Tagung in Dortmund erklärt: "Die Verordnung enthalte noch keiner Richtung ein bestimmtes Verbot, auch für die Überarbeit sei kein Maximum festgesetzt. Wenn der Gewerbeausschuss beantragt würde, daß ein Feuerarbeiter 24 und 30 Stunden Überarbeit geleistet habe, so bekomme er einen Schrein, aber er könne nichts dagegen machen. Weder in der Gewerbeordnung noch in der Bundesratsverordnung sei eine Handhabe dagegen gegeben."

Technisch heißt es in dem Bericht des Duisburger christlichen Verbandsblattes. Nun ist aber durch die Förderung einer Windstundenzzeit von 8 Stunden vor dem Schichtbeginn die Schicht mittelbar auf 16 Stunden höchstens begrenzt worden. Gleich ist das noch zu lang, aber die Fabrikinspektoren berichten von viel längeren Schichten, besonders am Wochenende, von einer ständigen Flucht nach dem Sonntag. Da wird die Schicht so lang gezogen, daß über 16 Stunden hinaus aus der einen Schicht zwei und drei gemacht werden, ohne zwischen ihnen die gesetzten acht Stunden Ruhe zu gewähren. Das ist eine grobe Verletzung der Bundesratsverordnung unter dem kläglichen Zusehen der Wissenschaften! Es ist sehr auffallend, daß die Christen, die anscheinend so sehr nach einem besseren Schuh der Hüttenarbeiter schlagen, kein Wort zu dieser fortgesetzten Verletzung des geltenden Rechts zu sagen haben. Auf der christlichen Generalversammlung wäre doch bei der Behandlung des Gegenstandes durch die Gewerbeinspektoren eine gute Gelegenheit dazu gewesen!

## Die Gewerkschaftsorganisationen im Deutschen Reich im Jahre 1911.

### I.

Die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung steht im Zusammenhang mit der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung. Angesichts der günstigen wirtschaftlichen Situation des Jahres 1911 war mit einer erheblichen Steigerung der Mitgliederzahl der Gewerkschaften zu rechnen. Diese war erheblich größer als in den Vorjahren, mit Ausnahme des Jahres 1906; sie betrug im Jahresdurchschnitt des Jahres 1911: 203 688 (gegen 184 631, 190, 175 797 und 194 906 im Jahre 1910, 1909, 1907 und 1906). Im Jahre 1908 war keine Zunahme, lenkte ein Rückgang von 93 776 zu verzeichnen). Die Mitgliederzahl der gewerkschaftlichen Zentralverbände betrug im Durchschnitt des Jahres 1910: 2 017 298, 1911 dagegen 2 920 986. Die Zunahme beträgt 15,05 Prozent gegenüber 10,07 Prozent im Jahre 1910.

Etwa höher als die Jahresdurchschnittszahl ist die am Jahresende 1911 von den Gewerkschaften erreichte Mitgliederzahl. Daraus ergibt sich, daß unsere Zentralverbände die Zahl von 2,4 Millionen Mitgliedern überschritten haben. Sie zählten am Ende des Jahres 2 400 018 Mitglieder gegen 2 128 021 am Ende des Vorjahrs. Das Mehr beträgt hier 271 997.

Die Mitgliederzahl der Verbände, die der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands angehören, ist um 21 447 höher, betrug also Ende 1911: 2 421 465. Das Mehr entfällt auf die beiden Verbände der Arbeiterkammer und der Bauernangestellten, die zum erstenmal in der Statistik geführt werden, wenn auch nicht als Gewerkschaften im engeren Sinne des Wortes. Die Zunahme der Mitgliederzahl dieser beiden Verbände im Berichtsjahr betrug 7006.

Die Mitgliederzahl der gewerkschaftlichen Zentralverbände hat sich seit dem Jahre 1898, dem Jahre des letzten Standes, mehr als verdreifacht. Es betragen die Mitgliederzahlen der Zentralverbände, der deutschen Gewerksvereine und der "christlichen" Gewerkschaften: 

	Gewerkschaften	Gewerksvereine	christl. Gewerkschaften
1891	277 659	—	—
1893	223 630	—	—
1900	680 427	91 661	159 770
1911	2 320 988	107 748	340 987

 Aus diesen Gegenüberstellungen ergibt sich nicht allein das bedeutende numerische Übergewicht unserer Zentralverbände, sondern auch ihr kräftigeres Wachstum, das die übrigen Gewerkschaftsgruppen weit hinter sich zurückläßt. Während seit 1900 die Mitgliederzahl der deutschen Gewerksvereine sich um 17,4 Prozent vermehrt, stieg die der christlichen Gewerkschaften um 113,4 Prozent vermehrt. Steigt die der Zentralverbände um 241,1 Prozent und mit Einschreitung der Verbände der Hausangestellten und Landarbeiter um 243,9 Prozent. Von je 100 Mitgliedern der 3 Gewerkschaftsgruppen entfielen auf die Zentralverbände 1900: 73,0, 1911 dagegen 80,2, auf die deutschen Gewerksvereine 1900: 9,8, 1911 nur noch 3,8 und auf die christlichen Gewerkschaften 1900: 17,2, 1911 aber 16,0. Der Anteil beider gegenseitiger Gewerkschaftsrichtungen ist also zu erheblich gegangen, während der unserer Verbände kräftig gewachsen ist. Das ist das Ergebnis einer von den bürgerlichen Parteien fortgesetzten betriebenen und von Staat und Kirche geforderten Gewerkschaftsgesetzgebung. Wir haben voll auf Urfaß, mit dieser Entwicklung zufrieden zu sein.

Die Zahl der der Generalkommission angehörenden Gewerkschaften hat sich im Berichtsjahr wieder um zwei vermehrt. Es schlossen sich die Bauhelferarbeiter und die Maurer zum Deutschen Bauarbeiter-Verband zusammen, bem sich sodann auch die Isolierer angeschlossen.

Ein erfreulicher Beweis der Stabilität unserer Gewerkschaften ist, daß im Berichtsjahr nur vier Organisationen unbedeutende Rückgänge ihrer Mitgliederzahlen aufzuweisen; so zählten im Jahresdurchschnitt die Kürschner 180, die Lithographen 186, die Schlossermeier 104 und die Telegraphen 17 Mitglieder weniger als im Vorjahr, zusammen eine Abnahme von 787, der eine Zunahme von 304 475 in den übrigen Verbänden gegenübersteht.

Nach der Höhe der Mitgliederzahlen geordnet, hatten im Berichtsjahr des Jahres 1911 Mitglieder:

Metallarbeiter	494 177	Bauarbeiter	290 136	Februarbeiter	182 902
<tbl\_info cols="

Leberindustrie 39,06 (35,53), Holzindustrie 39,42 (35,60), Nahrung- und Genussmittelindustrie 20,92 (18,84), Bekleidungs- und Reinigungsgewerbe 23,29 (21,00), Baugewerbe 39,29 (33,21), Polygraphische Gewerbe 71,12 (68,69), Handels- und Transportgewerbe 20,04 (16,49), Gastwirtschaften 4,43 (3,85), Gemeindearbeiter 49,68 (40,97) und Stahlmutter 3,52 Prozent.

Die Organisierung der gewerblich tätigen Männer und Frauen hat auch im Berichtsjahr wieder neue Fortschritte gemacht. Die Zahl der weiblichen Mitglieder der Zentralverbände ist von 161 512 (1910) auf 191 332 (1911) oder um 29 820 gestiegen, was einer Zunahme von 18,4 Prozent entspricht. Auch verhältnismäßig ist der Anteil der weiblichen Mitglieder an der Gesamtmitgliedschaft der Gewerkschaften gewachsen, er stieg von 8,0 auf 8,2 Prozent im Jahre 1911. Immerhin bleibt angesichts des ständigen Anwachens der weiblichen Belegschaft in Industrie und Gewerbe, Handel und Verkehr noch ein großes Maß an Agitationarbeit zu leisten, um die Arbeiterinnen und weiblichen Angestellten in einem ihrem Anteil an den Berufstätigten entsprechenden Verhältnis zur Gewerkschaftsorganisation heranzutreiben. Betrug doch nach der Berufszählung 1907 der Anteil der Weiblichen an der organisationsfähigen Arbeiterschaft der Gruppe Industrie 17,2 Prozent und der Gruppe Handel und Verkehr sowie wachsende Lohnarbeit sogar 32,0 Prozent. Die Gesamtzahl der weiblichen Gewerkschaftsmitglieder verteilt sich auf folgende Verbände: Textilarbeiter 45 651, Metallarbeiter 25 103, Fabrikarbeiter 21 853, Fabrikarbeiter 16 870, Buchbinderei 14 127, Schneider 9363, Buch- und Steinbruderschaftsarbeiter 9223, Handlungsgehilfen 8679, Schuhmacher 7939, Transportarbeiter 6479, Holzarbeiter 5819, Hutmacher 4414, Bäcker und Konditoren 3736, Porzellancarbeiter 2260, Kürscher 1451, Gemeindearbeiter 1169, Gatter und Portefeuillier 1161, Brauerei- und Küchenarbeiter 1154, Leberarbeiter 1096, Biogitterarbeiter 953, Gastwirtschaften 744, Glasarbeiter 703, Blumenarbeiter 567, Bureauangestellten 206, Lagerhalter 154, Tapetierer 129, Kleider 105, Steinarbeiter 62, Maler 31, Gärtner 17, Lithographen 9, Friseure 1 und Glaser 1.

Bei der Erinnerung an die Gewerkschaftsverbände war im Berichtsjahr das Fehlen von besonders umfangreichen Kämpfen, wie sie das Jahr 1910 vor allem im Baumwollgewerbe aufwies, von nachhaltigem Eindruck. Die Einnahmen und Ausgaben haben zwar, absolut betrachtet, im Berichtsjahr zugenommen, blieben aber doch, auf den Kopf des einzelnen Mitgliedes berechnet, hinter dem Vorjahr etwas zurück. Da die Ausgaben verhältnismäßig nicht zurückgingen, so hat sich der durchschnittliche Kostenbestand etwas erhöht. Die Gesamteinnahme hat sich auf 72 086 957 M. (im Vorjahr 64 372 190 M.), die Gesamtausgaben auf 60 025 080 M. (im Vorjahr 57 926 566 M.), und die Vermögensbestände auf 62 105 821 M. (im Vorjahr 52 573 505 M.). Auf den Kopf der Mitglieder entfielen an Einnahmen 31,06 M., an Ausgaben 25,86 M. und an Vermögen 26,76 M.

Die Steigerung der durch regelmäßige Beiträge erzielten Einnahmen hat auch im Berichtsjahr Fortschritte zu verzeichnen. Es erheben an höchsten Organisationsbeiträgen (Durchschnittsbeiträge männlicher Mitglieder):

pro Woche	Verbände	in Prozent im Jahre
21—30	2	3,9
31—40	8	15,7
41—50	18	35,3
über 50	25	45,1

Im Jahre 1907 hatten erst 25 Prozent der Verbände einen Wochendurchschnittsbeitrag über 50 M.—heute schon nahezu die Hälfte aller Gewerkschaften. Der Prozentsatz der Mitglieder, die höhere Gewerkschaftsbeiträge zahlen, ist übrigens noch etwas größer. Es zahlten nämlich 45,92 Prozent aller Mitglieder einen Wochenbeitrag von mehr als 50 M. Die Gesamteinnahme an Einnahmen belief sich auf 57 802 845 M. im Vorjahr 48 357 229 M. über 24,90 M. pro Mitglied, an Eintrittsgeldern 500 744 M. an einzelnen Beiträgen 7 609 702 M. an Ertragsbeiträgen, die von den Verbänden vorgenommen wurden, 1 046 782 M. an Streitbeiträgen 370 463 M. an Finanzen 1 278 844 M. und an sonstigen Einnahmen 3 471 537 M.

Von den gesamten Einnahmen von 60 025 080 M. sind folgende Posten besonders hervorzuheben:

Organisa-	z.
Reiseunterstützung	39
Wohngutsunterstützung	33
Arbeitslosenunterstützung	42
Arbeitsfähigkeitsförderung (Kranken)-Unterstützung	47
Gehaltsdienstunterstützung	9
Beihilfe in Sterbehäusern	45
Beihilfe in Notfällen	39
Gehalts im Betrieb	46
Gehalts in anderen Betrieben und Ausland	44
Rechtschutz	50
Gehaltsregelungsförderung	40
Berbandsorgan	51
Bibliotheken	38
Unterrichtsförderung	24
Statistiken	18
Agitation	49

Die Ausgaben für Reise- und Arbeitsförderungen unterstehen keinen Kosten, absolut betrachtet, um ein geringes höher, pro Kopf berechnet dagegen etwas niedriger als im Vorjahr. Einmal wieder liegen die Ausgaben für Krankenunterstützung, blieben aber immer noch im Durchschnitt der Mitglieder hinter denen des Vorjahrs zurück. Erheblich zurückgegangen ist dagegen die Ausgabe für Sterbehilfe, während sie für die im Vorjahr 19 603 605 M. im Berichtsjahr über nur 17 303 328 M. ausgegeben wurden. Wie sehr die frischste Seite des Unterstützungsweises der deutschen Gewerkschaften im Berichtsjahr die Unterstützung von Kämpfen überwog, zeigt die folgende Zusammenstellung:

	1907	1909	1910	1911
Reise	869 148	1 125 829	1 015 984	1 028 431
Wohngut	275 716	291 251	316 452	366 865
Arbeitslose	437 5012	8 593 928	6 075 522	6 340 514
Kranken	5 655 387	8 596 354	9 028 666	10 206 730
Sterbehilfe	649 385	588 879	884 012	1 045 556
Notfälle	457 707	547 174	548 567	470 028
Gehaltsregelung	10 100 45	10 746 84	8 097 738	8 955 19
Zusammen	13 275 490	21 358 079	18 678 963	20 414 052

Dagegen wurde für Streitunterstützung ausgegeben:

	1907	1909	1910	1911
13 196 823	4 819 399	6 904 431	1 960 3605	17 303 328

Seit dem 21. Jahren seit 1891 brachten die Zentralverbände 142,1 Millionen Mark für Friedliche Unterstützung ein, während sie für Streitunterstützung 108,7 Millionen Mark auszugeben trachten. Von den ersten Unterstützungen endeten seit 1891 besonders auf:

Arbeitskampf	45 229 351
Reise	12 457 856
Krank	55 300 124
Wohngut	12 155 698
Gehaltsregelung	8 813 369
Notfälle	4 067 251
Rechtschutz	3 184 728

Ein bemerkenswertes Zeichen ist die hohe Entwicklung, die die Reise- und Arbeitskampfunterstützung erfahren hat. Von 1910 waren 2 000 Mitglieder, 1911 dagegen 2 218 797 Mitglieder in der einen oder anderen Form gegen Arbeitskampfpartei gerichtet. Reisekampfunterstützung wurde im Berichtsjahr von 39, Arbeitskampfunterstützung von 42 Verbänden gezeigt. Die Ausgaben für Reise- und Arbeitskampfunterstützung im Berichtsjahr 7 368 975 M. (gegenüber 7 091 506 M. im Vorjahr) und seit 1891 haben die Verbände auf dieser Seite zu-

Unterstützung ihrer Arbeitslosen nicht weniger als 59 Millionen Mark ausgebracht. Angefertigt solcher Leistungen, denen in Reich, Staat und Gemeinde nichts Gleichwertiges gegenübergestellt werden kann, ist der Anspruch der Gewerkschaften, ihre Arbeitslosenunterstützung als Grundlage für die öffentliche Organisation der Arbeitslosenversicherung anerkannt zu wissen, ein durchaus berechtigter, und nicht minder berechtigt ist ihre Forderung, daß ihre Arbeitslosenfürsorge ergänzt werde durch öffentliche Mittel, die den Arbeitslosenkassen als Zuflüsse zu gehören sind. Sind ja in dieser Sicht bereits normale praktische Fortschritte in einer Reihe deutscher Gemeinden erreicht worden und die bestrebenden Erfahrungen, die allenfalls mit dieser öffentlichen Förderung gemeinschaftlicher Selbsthilfeselbstbewegungen gemacht wurden, werden in den nächsten Jahren noch weitere Stadtgemeinden auf den gleichen Weg drängen. Eigene Verbandsorgane haben im Berichtsjahr 50 Verbände, mit einer Gesamtzahl von 2 497 700 Mitgliedern (gegen 2 259 180 im Vorjahr). Von diesen Organen erschienen 36 wöchentlich, 8 vierzehntäglich und 7 monatlich ein- bis dreimal. Internationale Beziehungen wurden von 42 Verbänden gepflegt.

## Aus dem Unternehmertag.

Der bekannte günstige Wind hat uns wieder etwas aus dem Lager der Metallindustriellen zugeworfen: zwei Protokolle von Vorstands- und Ausschusssitzungen der Nordwestdeutschen Gruppe Eisen und Stahlindustrie. Der Inhalt der ersten ist interessant und lehrreich, so daß wir Grund genug haben, sie unseren Lesern wortlich zu unterbreiten.

Protokoll der Vorstands- und Ausschusssitzung vom 28. Dezember 1911 nachmittags 5 Uhr im Parkhotel zu Düsseldorf.

Anwesend 16 Herren (s. Anwesenheitsliste), nicht vertreten 17 Herren. Eröffnung.

Herr Geheimrat Lueg eröffnet die Sitzung um 5½ Uhr und begrüßt die Anwesenden.

Der Geschäftsführer verliest das Protokoll der letzten Sitzung und teilt mit, daß die Firma Ernst Schieß, A.-G., auf die ihm zugebilligte Entschädigung verzichtet hat.

Das Protokoll wird genehmigt.

Punkt 1: Bechlußfassung über die Bezeichnung der Düsseldorfer Kommission.

Die Versammlung gelangt nach eingehender Aussprache, an der sich fast sämtliche Anwesende beteiligen, zu der Abschaffung, daß die von der Düsseldorfer Kommission in Aussicht genommenen Maßnahmen in ihren Konsequenzen für das ganze Verbandsgebiet nicht zu übersehen sind. Eine erneute Beratung soll einer späteren Sitzung vorbehalten bleiben. Soweit die Frage die Düsseldorfer Werke im besonderen betrifft, so ist die seit der letzten Bewegung verflossene Zeit zu kurz, daß durch Ergriffenheit der vorgeschlagenen Maßnahmen eine dauernde Verunsicherung erwartet werden kann. Es ist vielmehr mit dem Gegenteil zu rechnen. Von ihrer Einführung wird deshalb Abstand genommen. Sollte es die Werke zu Bewegungen kommen, so wird den betreffenden Mitgliedern der volle Schutz des Verbandes gewährt. Die für den 29. Dezember angekündigte Beratung der Düsseldorfer Mitglieder wird demgemäß abgesagt.

Punkt 2: Kooperation eines Mitgliedes.

Der Ausschuß kooperiert Herrn Direktor Dr. Wolmann (Geflügelzucht), Oberhausen.

Punkt 3: Antrag auf Billigung eines Beitrags zu einem sozialen Zweck.

Dem Ausschuß zur Förderung der Besteuerung bürgerlicher Arbeitervereine wird ein einmaliger Beitrag von 3000 M. bewilligt.

Punkt 4: Beschiedenes:

a) über Teuerungszulagen.

Die Gewerkschaften rüsten in letzter Zeit an verschiedenen Orten des Verbundes an die Werke die Forderung, den Arbeitern Teuerungszulagen zu gewähren. Die Beratung erklärt, daß es Ende der einzelnen Firma sei, ob und in welcher Weise die Erhöhung der Lebensmittelpreise Rechnung tragen will. Das Ausüben der Gewerkschaften ist auf jeden Fall unbedingt zu lassen.

b) Bertereine.

Der Vorschlag des Herrn Kommerzienrat Neujoh wird der Geschäftsführer übertragen, ein Normalstatut für einen Berterein auszuarbeiten.

Schluß der Sitzung 7 Uhr.

Dr. Hoff.

## Anwesenheitsliste:

Herr Kommerzienrat W. Brügmann, Herr Ernst Poensgen, Generaldirektor Reuter, Kgl. Baurat Fischer, Direktor R. Graebner, Generaldirektor Dr. Haßlacher, Oberbürgermeister Haumann, Direktor Böckeler, Direktor C. A. Wiethaus, Dr. F. Haniel, Direktor Dr. Wolfmann, Dr. G. Hoff, Paul Piedbeuf,

Herr F. Wiedemann, Kgl. Baurat Fischer, Direktor Schramm, Witten, Direktor Söhngen, Direktor Biecke, Direktor G. A. Wiethaus, Direktor Dr. Wolfmann, Dr. G. Hoff, G. Heinson.

Punkt 5: Anwendung neuer Mitglieder.

Der Antrag der Firmen: A. Spengler, M.-Gladbach, und F. Schramm & Co., Wickroth, wird Aufnahme in den Verband. Der Ausschuß erklärt, daß den wegen Ablehnung des Vorsitz vom Stellvertretenen Mitgliedern der Schutz des Verbandes gewährt wird. Eine finanzielle Bindung im voraus müsse aber aus prinzipiellen Gründen abgelehnt werden.

Punkt 6: Anwendung eines Mitglieds.

Auf Antrag der Firmen: A. Spengler, M.-Gladbach, und F. Schramm & Co., Wickroth, wird Aufnahme in den Verband.

Punkt 7: Aufnahme neuer Mitglieder.

Herr Generaldirektor Neujoh regt anschließend beim Vorstand die Einteilung des Verbandes in Branchen-Unterbetriebe an. Die Verpflichtung der verschiedenen Werke, der Dienstbetriebe und der kleinen Firmen auf ein gemeinsames Programm löse sich auf die Dauer nicht durchführen.

Punkt 8: Anwendung eines Mitglieds.

Auf Antrag der Firma: A. Spengler, M.-Gladbach, wird Aufnahme in den Verband.

Punkt 9: Anwendung eines Mitglieds.

Auf Antrag der Firma: A. Spengler, M.-Gladbach, wird Aufnahme in den Verband.

Punkt 10: Anwendung eines Mitglieds.

Auf Antrag der Firma: A. Spengler, M.-Gladbach, wird Aufnahme in den Verband.

**Aufforderung zur Rechtsfertigung.**

Die nachfolgend genannten Mitglieder werden aufgefordert, sich wegen der gegen sie beim Vorstand erhobenen Beschuldigungen zu rechtfertigen. Sofern einer dreimaligen Aufforderung keine Folge gegeben wird, erfolgt Ausschließung aus dem Verband.

**Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Essen:**

Der Fabrikarbeiter Heinrich Walzereit, geb. 17. März 1891 zu Essen, Buch-Nr. 1.568442; der Arbeiter Willy Schert, geb. 10. Juli 1894 zu Berlin, Buch-Nr. 1.764437; das frühere Mitglied, der Maschinist Alib. Jagla, geb. am 13. April 1885 zu Lippstadt, Buch-Nr. 1.264027, sämtliche wegen Mitnahme von aus der Bibliothek entliehenen Büchern.

**Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Fechenheim:**

Der Forger Willy Jungkans, geb. 17. August 1884 zu Gelsenkirchen, Buch-Nr. 640269, wegen Nichtbezahlung seiner Schulden.

**Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Gelsenkirchen:**

Der Schlosser Eduard Fauernig, geb. am 2. März 1879 zu Seitendorf, Buch-Nr. ?, wegen Logistikwindelen und Schädigung eines Verbandskollegen.

**Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Neumarkt:**

Der Formier Adam Speier, geb. am 31. Januar 1879 zu Arbeitshagen, Buch-Nr. 715396, wegen Denunziation des Vertrauensmauens.

**Gestohlen wurden:**

Buch-Nr. 1.649015, lautend auf den Formier Fritz Bacher, geb. am 14. Januar 1893 zu Breslau. (Dessau) Buch-Nr. 1.184561, lautend auf den Mechaniker Max Sibilstki, geb. am 29. Mai 1888 zu Charlottenburg. (Dresdenburg.)

**Wieder aufgenommen werden:**

**Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Chemnitz:** Der Horizontalbohrer Johann Messig, geb. am 24. Juni 1880 zu Waldkirchen.

**Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Hanau a. M.:**

Der Juwelenfasser Joe. Julius Heine, geb. am 5. März 1876 zu Hanau a. M.

**Ersicht wird von der Verwaltungsstelle Hameln um Angabe der Adresse des Schlossers Rich. Buschmann, geb. am 30. Juli 1877 zu Dessau, damit denselben Gelegenheit gegeben werden kann, seinen Verpflichtungen gegen die Verwaltung Hameln nachzukommen.**

Alle für den Verbandsvorstand bestimmten Sendungen sind an den „Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbaudes, Stuttgart, Rödelstraße 16a“ zu adressieren. Weisendungen adresst man nur an Theodor Werner, Stuttgart, Rödelstraße 16a; auf dem Abschnitt ist genau zu bemerkern, wosür das Geld vereinbart ist.

Mit kollegialem Gruss

Der Vorstand.

**Zur Beachtung! + Zugang ist fernzuhalten:**

von Bijouteriearbeitern (Fässer, Finierer, Ringmacher und Halskarbeiter) nach Gelingen (Firma Hüttenlocher) Str.;

von Drehern, Maschinenarbeitern, Schlossern etc. nach Kaldenhäusen (Firma G. Höhr) D.; nach Pilsen (Stadtwerke) D.;

von Elektromontureuren nach Freiburg i. Br. L.; nach Schwerin;

von Federarbeitern nach Hagen (Firma Krämer & Freund) St.;

von Feilenhauern und Feilenfleischern nach Chemnitz (Firma Leng) St.; nach Hohenstein-Ernstthal (Firma Brückner); nach Kalk-Höhenberg bei Köln (Feilenfabrik G. Lang) M.;

von Formern, Gießereiarbeitern u. Keramikern nach Aachen M.; nach Arnsdorf (W. Renger & Co.) M.; nach Coswig (Fa. Novak & Tschern) D.; nach Erfelden (Untern. Bohrgesellschaft) M.; nach den Kreisen Hagen und Schwelm; nach München-Gladbach (Firmen Haubold und Gebr. Reinbold) D.; nach Niederösterreich, St.; nach Reichenberg i. Böhmen (Firma Chr. Lüser, Metallwarenfabrik) St.; nach Südtirol (Firma Haubold) D.;

von Gold- und Silberarbeitern, Pressern, Ziselieren und Hilsbarbeitern nach Liegnitz (Firma Sandig & Co.); nach Norwegen, v. St.; nach Danemark, L;

von Gravuren nach Liegnitz (Fa. Sandig & Co.);

von Heizungsmontureuren nach Halle a. S.;

von Klempnern aller Art und Justallaturen nach Herford, St.;

von Kniffferschmieden nach Annaberg; nach Grimmaischau, St.;

nach Herford, St.;

von Metallarbeitern aller Branchen nach Altwasser (Fürstensteiner Gruben) M.; nach Apenrade (Kleinbahnwerke) St.; nach Apenrade i. Th. (Firma Rudolf Ley) D.; nach Belgard (Firma Gebr. Goegewaer, Maschinenfabrik) St.; nach Brunnbühl (Firma Holzmann) St.; nach Budapest (Ganz & Co., elektrotechnische Fabrik) D.; nach Chemnitz (Fa. C. M. Auerbach, Maschinen) St.; nach Chemnitz-Meichenhain (Ferd. Höllerer-Rohrwerke Max Haas, W. m. b. H.) St.; nach Düsseldorf (Fa. Gebr. Inden, Fittingswerk) St.; Wölfel & Co., Fittingswerk; Stahlwerk Delsing (Aktiengesellschaft) St. (Fa. Phönix, Aktiengesellschaft, Kölnerstr.) v. St.; (Oberhöller Stahlwerk A.-G.) D.; nach Görlingen; nach Grevenbroich (Maschinen) Klingenberg, Abt. Dreheri D.; nach Halle a. S. (Firma Reuter & Straube, Brückenbau und Eisenkonstruktion) St.; nach Herzberg bei Osterode (Oster. Eisenen Franck & Co.) D.; nach Lüdinghausen bei Augsburg (Firma Kädel & Böhm) D.; nach Leipzig (Leipziger Werkzeugmaschinenfabrik) vorn. W. von Pittler); nach Malmö im Schweden (Aktienbolaget Thule) St.; nach Nesselhof in Mähren, St.; nach Remscheid (Maschinenmesser, W. F. Klingenberg Söhne) St.; nach Teplice i. Böhmen (Fa. Hirschbrich) St.; nach Thale (Eisenhüttenwerk) St.; nach Weidenburg in Bayern (Firma Staudinger & Müller) D.; nach Wels i. Österreich (Firma Titania) St.; nach Wiesbaden (Fa. Rossl, Schwarz & Co.) St.;

von Metallschlägern nach Lechhausen, D.;

von Schleifern nach Eving (Fa. Honsel) D.; nach Werbohl (F. W. Dunker) D.;

von Schlossern (Baronialschlossern) nach Hamburg (Firma Heyde & Huppert) D.; nach Zürich, Str.;

von Bau- u. Maschinenfabriken nach Bismarck (Fa. W. Müller) St.;

von Ziselieren nach Hamburg (Firma Heyde & Huppert) D.

(Die mit A. und St. bezeichneten Orte sind Streitgebiete, die überhaupt zu meiden sind; v. St. heißt: Streit in Aussicht; L: Lohn- oder Tarifbewegung; L: Ausspruch; D: Differenzen; St. Tarifregelung; M: Mißstände; St. Lohn- oder Akkordreduktion u. s. w.)

Alle Mitteilungen über Differenzen, die zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe Anlaß geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Die Anträge auf Verhängung von Sperrten müssen hinreichend begründet und von der Verwaltungsstelle beglaubigt sein.

Vor Arbeitsannahme in Orten, wo keine der obigen Anlässe in Betracht kommen, sind die Mitglieder verpflichtet, sich keines vor der Ortsverwaltung, dem Geschäftsführer oder Bevollmächtigten des betreffenden Ortes über die einschlägigen Verhältnisse zu erkundigen. Diese Anfragen sind von der Verwaltungsstelle, der das Mitglied angehört, abzuschmecken zu lassen. Anfragen über Orte, wo keine Verwaltungsstelle besteht, sollte man an den Vorstand richten. Das gleiche gilt für alle die, die an ihrem bisherigen Arbeitort ihre Stelle wechseln.

**Korrespondenzen.****Zeilenhauer.**

**Gehingen.** Die Zeilenhauerbewegung in Gehingen ist beendet. Die Arbeiter haben einen schönen Erfolg erzielt, da in Bezug auf die Löhne wesentliche Verbesserungen eingetreten sind. Es wurden Vereinbarungen schriftlich abgeschlossen über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse, ein Akkordpreisverzeichnis wurde angelegt, das unterschriftlich anerkannt wurde. Als Mindestlöhne sind für Handhauer, die selbständig sind, 52 ♂ und für Maschinenhauer 54 ♂ festgelegt worden. Die Arbeitszeit beträgt 57 Stunden bei zwei Firmen, in den anderen Betrieben 56 Stunden. Bei den zwei Firmen wird aber vom 1. Januar 1914 an die Arbeitszeit auch auf 56 Stunden wöchentlich reduziert. Die Zeiler erhalten einen Mindestlohn von 50 ♂ pro Stunde. Samstag ist früherer Arbeitschluss. — Die Sperrung über die sämtlichen Betriebe ist aufgehoben.

**Formier.**

**Aschersleben.** Die Verhältnisse in der Ascherslebener Maschinenbauanstalt, speziell in der Gießerei und Gußpulierei, haben schon mehrfach zu Differenzen Anlaß gegeben. Nicht immer waren es die Entlohnungen, vielmehr gab auch das Verhalten der beteiligten Meister und Vorarbeiter den Anlaß dazu. Um Stützlinien lagen die Verhältnisse unter dem Regime des früheren Obermeisters" Bolke. Bolke war früher in dem Betrieb als Formier beschäftigt. Nach der "Erhebung" zum Obermeister wurde er vom Autoritätsgefühl erfaßt, wodurch sich bei ihm eine "Begabung" auf Gebieten entwidete, die, wenn sie sich bei Arbeitern zeigte, von der Betriebsleitung streng unterdrückt wird, indem dadurch die Leistungsfähigkeit gefördert wird. Die Formier sahen sich deshalb oft genötigt, Siedlung gegen den früheren Kollegen zu nehmen. Es wurde der gesamte Meisterkasten angeläufigt, daß das frühere "Obermeisters" Molitor beschäftigt. Nach der "Erhebung" zum Obermeister wurde er vom Autoritätsgefühl erfaßt, wodurch sich bei ihm eine "Begabung" auf Gebieten entwidete, die, wenn sie sich bei Arbeitern zeigte, von der Betriebsleitung streng unterdrückt wird, indem dadurch die Leistungsfähigkeit gefördert wird. Die Formier sahen sich deshalb oft genötigt, Siedlung gegen den früheren Kollegen zu nehmen. Es wurde der gesamte Meisterkasten angeläufigt, daß das frühere "Obermeisters" Molitor beschäftigt. Nach der "Erhebung" zum Obermeister wurde er vom Autoritätsgefühl erfaßt, wodurch sich bei ihm eine "Begabung" auf Gebieten entwidete, die, wenn sie sich bei Arbeitern zeigte, von der Betriebsleitung streng unterdrückt wird, indem dadurch die Leistungsfähigkeit gefördert wird. Die Formier sahen sich deshalb oft genötigt, Siedlung gegen den früheren Kollegen zu nehmen. Es wurde der gesamte Meisterkasten angeläufigt, daß das frühere "Obermeisters" Molitor beschäftigt. Nach der "Erhebung" zum Obermeister wurde er vom Autoritätsgefühl erfaßt, wodurch sich bei ihm eine "Begabung" auf Gebieten entwidete, die, wenn sie sich bei Arbeitern zeigte, von der Betriebsleitung streng unterdrückt wird, indem dadurch die Leistungsfähigkeit gefördert wird. Die Formier sahen sich deshalb oft genötigt, Siedlung gegen den früheren Kollegen zu nehmen. Es wurde der gesamte Meisterkasten angeläufigt, daß das frühere "Obermeisters" Molitor beschäftigt. Nach der "Erhebung" zum Obermeister wurde er vom Autoritätsgefühl erfaßt, wodurch sich bei ihm eine "Begabung" auf Gebieten entwidete, die, wenn sie sich bei Arbeitern zeigte, von der Betriebsleitung streng unterdrückt wird, indem dadurch die Leistungsfähigkeit gefördert wird. Die Formier sahen sich deshalb oft genötigt, Siedlung gegen den früheren Kollegen zu nehmen. Es wurde der gesamte Meisterkasten angeläufigt, daß das frühere "Obermeisters" Molitor beschäftigt. Nach der "Erhebung" zum Obermeister wurde er vom Autoritätsgefühl erfaßt, wodurch sich bei ihm eine "Begabung" auf Gebieten entwidete, die, wenn sie sich bei Arbeitern zeigte, von der Betriebsleitung streng unterdrückt wird, indem dadurch die Leistungsfähigkeit gefördert wird. Die Formier sahen sich deshalb oft genötigt, Siedlung gegen den früheren Kollegen zu nehmen. Es wurde der gesamte Meisterkasten angeläufigt, daß das frühere "Obermeisters" Molitor beschäftigt. Nach der "Erhebung" zum Obermeister wurde er vom Autoritätsgefühl erfaßt, wodurch sich bei ihm eine "Begabung" auf Gebieten entwidete, die, wenn sie sich bei Arbeitern zeigte, von der Betriebsleitung streng unterdrückt wird, indem dadurch die Leistungsfähigkeit gefördert wird. Die Formier sahen sich deshalb oft genötigt, Siedlung gegen den früheren Kollegen zu nehmen. Es wurde der gesamte Meisterkasten angeläufigt, daß das frühere "Obermeisters" Molitor beschäftigt. Nach der "Erhebung" zum Obermeister wurde er vom Autoritätsgefühl erfaßt, wodurch sich bei ihm eine "Begabung" auf Gebieten entwidete, die, wenn sie sich bei Arbeitern zeigte, von der Betriebsleitung streng unterdrückt wird, indem dadurch die Leistungsfähigkeit gefördert wird. Die Formier sahen sich deshalb oft genötigt, Siedlung gegen den früheren Kollegen zu nehmen. Es wurde der gesamte Meisterkasten angeläufigt, daß das frühere "Obermeisters" Molitor beschäftigt. Nach der "Erhebung" zum Obermeister wurde er vom Autoritätsgefühl erfaßt, wodurch sich bei ihm eine "Begabung" auf Gebieten entwidete, die, wenn sie sich bei Arbeitern zeigte, von der Betriebsleitung streng unterdrückt wird, indem dadurch die Leistungsfähigkeit gefördert wird. Die Formier sahen sich deshalb oft genötigt, Siedlung gegen den früheren Kollegen zu nehmen. Es wurde der gesamte Meisterkasten angeläufigt, daß das frühere "Obermeisters" Molitor beschäftigt. Nach der "Erhebung" zum Obermeister wurde er vom Autoritätsgefühl erfaßt, wodurch sich bei ihm eine "Begabung" auf Gebieten entwidete, die, wenn sie sich bei Arbeitern zeigte, von der Betriebsleitung streng unterdrückt wird, indem dadurch die Leistungsfähigkeit gefördert wird. Die Formier sahen sich deshalb oft genötigt, Siedlung gegen den früheren Kollegen zu nehmen. Es wurde der gesamte Meisterkasten angeläufigt, daß das frühere "Obermeisters" Molitor beschäftigt. Nach der "Erhebung" zum Obermeister wurde er vom Autoritätsgefühl erfaßt, wodurch sich bei ihm eine "Begabung" auf Gebieten entwidete, die, wenn sie sich bei Arbeitern zeigte, von der Betriebsleitung streng unterdrückt wird, indem dadurch die Leistungsfähigkeit gefördert wird. Die Formier sahen sich deshalb oft genötigt, Siedlung gegen den früheren Kollegen zu nehmen. Es wurde der gesamte Meisterkasten angeläufigt, daß das frühere "Obermeisters" Molitor beschäftigt. Nach der "Erhebung" zum Obermeister wurde er vom Autoritätsgefühl erfaßt, wodurch sich bei ihm eine "Begabung" auf Gebieten entwidete, die, wenn sie sich bei Arbeitern zeigte, von der Betriebsleitung streng unterdrückt wird, indem dadurch die Leistungsfähigkeit gefördert wird. Die Formier sahen sich deshalb oft genötigt, Siedlung gegen den früheren Kollegen zu nehmen. Es wurde der gesamte Meisterkasten angeläufigt, daß das frühere "Obermeisters" Molitor beschäftigt. Nach der "Erhebung" zum Obermeister wurde er vom Autoritätsgefühl erfaßt, wodurch sich bei ihm eine "Begabung" auf Gebieten entwidete, die, wenn sie sich bei Arbeitern zeigte, von der Betriebsleitung streng unterdrückt wird, indem dadurch die Leistungsfähigkeit gefördert wird. Die Formier sahen sich deshalb oft genötigt, Siedlung gegen den früheren Kollegen zu nehmen. Es wurde der gesamte Meisterkasten angeläufigt, daß das frühere "Obermeisters" Molitor beschäftigt. Nach der "Erhebung" zum Obermeister wurde er vom Autoritätsgefühl erfaßt, wodurch sich bei ihm eine "Begabung" auf Gebieten entwidete, die, wenn sie sich bei Arbeitern zeigte, von der Betriebsleitung streng unterdrückt wird, indem dadurch die Leistungsfähigkeit gefördert wird. Die Formier sahen sich deshalb oft genötigt, Siedlung gegen den früheren Kollegen zu nehmen. Es wurde der gesamte Meisterkasten angeläufigt, daß das frühere "Obermeisters" Molitor beschäftigt. Nach der "Erhebung" zum Obermeister wurde er vom Autoritätsgefühl erfaßt, wodurch sich bei ihm eine "Begabung" auf Gebieten entwidete, die, wenn sie sich bei Arbeitern zeigte, von der Betriebsleitung streng unterdrückt wird, indem dadurch die Leistungsfähigkeit gefördert wird. Die Formier sahen sich deshalb oft genötigt, Siedlung gegen den früheren Kollegen zu nehmen. Es wurde der gesamte Meisterkasten angeläufigt, daß das frühere "Obermeisters" Molitor beschäftigt. Nach der "Erhebung" zum Obermeister wurde er vom Autoritätsgefühl erfaßt, wodurch sich bei ihm eine "Begabung" auf Gebieten entwidete, die, wenn sie sich bei Arbeitern zeigte, von der Betriebsleitung streng unterdrückt wird, indem dadurch die Leistungsfähigkeit gefördert wird. Die Formier sahen sich deshalb oft genötigt, Siedlung gegen den früheren Kollegen zu nehmen. Es wurde der gesamte Meisterkasten angeläufigt, daß das frühere "Obermeisters" Molitor beschäftigt. Nach der "Erhebung" zum Obermeister wurde er vom Autoritätsgefühl erfaßt, wodurch sich bei ihm eine "Begabung" auf Gebieten entwidete, die, wenn sie sich bei Arbeitern zeigte, von der Betriebsleitung streng unterdrückt wird, indem dadurch die Leistungsfähigkeit gefördert wird. Die Formier sahen sich deshalb oft genötigt, Siedlung gegen den früheren Kollegen zu nehmen. Es wurde der gesamte Meisterkasten angeläufigt, daß das frühere "Obermeisters" Molitor beschäftigt. Nach der "Erhebung" zum Obermeister wurde er vom Autoritätsgefühl erfaßt, wodurch sich bei ihm eine "Begabung" auf Gebieten entwidete, die, wenn sie sich bei Arbeitern zeigte, von der Betriebsleitung streng unterdrückt wird, indem dadurch die Leistungsfähigkeit gefördert wird. Die Formier sahen sich deshalb oft genötigt, Siedlung gegen den früheren Kollegen zu nehmen. Es wurde der gesamte Meisterkasten angeläufigt, daß das frühere "Obermeisters" Molitor beschäftigt. Nach der "Erhebung" zum Obermeister wurde er vom Autoritätsgefühl erfaßt, wodurch sich bei ihm eine "Begabung" auf Gebieten entwidete, die, wenn sie sich bei Arbeitern zeigte, von der Betriebsleitung streng unterdrückt wird, indem dadurch die Leistungsfähigkeit gefördert wird. Die Formier sahen sich deshalb oft genötigt, Siedlung gegen den früheren Kollegen zu nehmen. Es wurde der gesamte Meisterkasten angeläufigt, daß das frühere "Obermeisters" Molitor beschäftigt. Nach der "Erhebung" zum Obermeister wurde er vom Autoritätsgefühl erfaßt, wodurch sich bei ihm eine "Begabung" auf Gebieten entwidete, die, wenn sie sich bei Arbeitern zeigte, von der Betriebsleitung streng unterdrückt wird, indem dadurch die Leistungsfähigkeit gefördert wird. Die Formier sahen sich deshalb oft genötigt, Siedlung gegen den früheren Kollegen zu nehmen. Es wurde der gesamte Meisterkasten angeläufigt, daß das frühere "Obermeisters" Molitor beschäftigt. Nach der "Erhebung" zum Obermeister wurde er vom Autoritätsgefühl erfaßt, wodurch sich bei ihm eine "Begabung" auf Gebieten entwidete, die, wenn sie sich bei Arbeitern zeigte, von der Betriebsleitung streng unterdrückt wird, indem dadurch die Leistungsfähigkeit gefördert wird. Die Formier sahen sich deshalb oft genötigt, Siedlung gegen den früheren Kollegen zu nehmen. Es wurde der gesamte Meisterkasten angeläufigt, daß das frühere "Obermeisters" Molitor beschäftigt. Nach der "Erhebung" zum Obermeister wurde er vom Autoritätsgefühl erfaßt, wodurch sich bei ihm eine "Begabung" auf Gebieten entwidete, die, wenn sie sich bei Arbeitern zeigte, von der Betriebsleitung streng unterdrückt wird, indem dadurch die Leistungsfähigkeit gefördert wird. Die Formier sahen sich deshalb oft genötigt, Siedlung gegen den früheren Kollegen zu nehmen. Es wurde der gesamte Meisterkasten angeläufigt, daß das frühere "Obermeisters" Molitor beschäftigt. Nach der "Erhebung" zum Obermeister wurde er vom Autoritätsgefühl erfaßt, wodurch sich bei ihm eine "Begabung" auf Gebieten entwidete, die, wenn sie sich bei Arbeitern zeigte, von der Betriebsleitung streng unterdrückt wird, indem dadurch die Leistungsfähigkeit gefördert wird. Die Formier sahen sich deshalb oft genötigt, Siedlung gegen den früheren Kollegen zu nehmen. Es wurde der gesamte Meisterkasten angeläufigt, daß das frühere "Obermeisters" Molitor beschäftigt. Nach der "Erhebung" zum Obermeister wurde er vom Autoritätsgefühl erfaßt, wodurch sich bei ihm eine "Begabung" auf Gebieten entwidete, die, wenn sie sich bei Arbeitern zeigte, von der Betriebsleitung streng unterdrückt wird, indem dadurch die Leistungsfähigkeit gefördert wird. Die Formier sahen sich deshalb oft genötigt, Siedlung gegen den früheren Kollegen zu nehmen. Es wurde der gesamte Meisterkasten angeläufigt, daß das frühere "Obermeisters" Molitor beschäftigt. Nach der "Erhebung" zum Obermeister wurde er vom Autoritätsgefühl erfaßt, wodurch sich bei ihm eine "Begabung" auf Gebieten entwidete, die, wenn sie sich bei Arbeitern zeigte, von der Betriebsleitung streng unterdrückt wird, indem dad

für die Arbeiter aber immer mehr Entbehrung. Selbst bei der jetzigen guten Konjunktur und steigenden Gewinnpreisen haben die Arbeiter fast aller Werke unter Abgängen zu leiden. Fortgesetzt werden die Altvordöhlne „reguliert“, die Prämien gestrichen und immer mehr muß bei weniger Beschäftigung produziert werden. In Rombach bezug zum Beispiel diese Lohnregulierung nach unten bei den einzelnen Drahtwalzern nur die Kleinigkeit von 30 bis 60 Prozent. Man wird uns hier entgegenhalten, die Löhne seien gestiegen, die Leute verdienten mehr als vorher. Das mag manchmal zutreffen, dann aber nicht deshalb, weil höhere Löhne bezahlt werden, sondern weil nicht geleistet, länger geschustet werden muß. In allen Tonarten hört man gegen die auf dem Papier eingeführte Bundesratsverordnung zum Schutz der Hüttenarbeiter die Unternehmer protestieren. Der Verein für die Bergbausischen Interessen Essels-Dölkingens kommt in seinem Bericht zu dem Ausruf: „Gibt es denn für die Tragfähigkeit der Industrie wirklich keine Grenzen?“ Gemeint sind natürlich in erster Linie die „Kosten“ für die soziale Gesetzgebung. Und wie sieht es in Wirklichkeit aus mit dieser Sozialpolitik in der Hüttenindustrie? Selbst Giesberts, „der herrliche Sohn von Strachan“, mußte im Reichstag zugeben, daß die Bundesratsverordnung für die Hüttenindustrie ein vollständiges Fiasko erlitten habe. Und als welch epochemachendes Ereignis wurde gerade von „christlicher“ Seite die Bundesratsverordnung hingestellt. Einwendungen, die von unserer Seite gegen die Mängel dieser „Schutzverschriften“ gemacht wurden, sind von den „Christengeneralen“ in den Versammlungen als Sache hingestellt worden. Der „christliche“ Metallarbeiterverband hat ja wieder in hohen Tönen auf seiner Dortmunder Generalversammlung über die Hüttenarbeiterfrage geredet. Resolutionen wurden gefaßt, der achtstündige Arbeitstag für die Feuerarbeiter müsse gefordert werden, aber all das kann nur der almächtige „christliche“ Metallarbeiterverband vollbringen. Wie war es aber bei den Bergarbeitern? War da das Zentrum zu haben? Genauso wird es auch fernerhin den Hüttenarbeitern gehen, wenn sie sich auf Zentrumssgräben und den „christlichen“ Metallarbeiterverband verlassen. Große Worte, aber um Himmels Willen keine Taten, sonst erregt man bei der „anderen Seite“ Anstoß. — In den letzten Wochen sind infolge des übermäßigen Schüttens auf den einzelnen Werken wieder einige schwere Unfälle passiert. Wir wollen nur einige Zeitungsnotizen herausgreifen (die meisten Unfälle wird die Geschäftlichkeit überhaupt nicht gewahr): „Rombach, 12. Juli. Der auf den Rombacher Hüttenwerken beschäftigte Rangierer Hotzel geriet beim Rangieren zwischen zwei Wagenpuffern. Er trug schwere Verlebungen davon, so daß wenig Hoffnung für sein Leben besteht. — Ein schreckliches Unglück ereignete sich im Stahlwerk der Hüttenwerke. Beim Auswerfen von Schleifer lachten diese im flüssigen Zustande mit Wasser in Berührung. Zwei Arbeiter erlitten durchbare Brandwunden im Gesicht. Der eine Arbeiter büßte beide, der andere ein Auge ein. Der Bruder des letzteren erlitt vor einigen Wochen ebenfalls einen schweren Unfall, wodurch seine Sicht stark beeinträchtigt wurde. — 16. Juli. Gestern abend verbrennten im Stahlwerk der Rombacher Hütte 3 Arbeiter. Einer verbrannte vollständig. Die beiden anderen schwer.“ „Saarbrücken. Zwei grausliche Unfälle ereigneten sich auf dem Stahlwerk Thüßen. Ein Monteur stürzte vom Eisengetüst der Walzhalen ab. Mit zerstückelten Kniegelenk und klaffender Schädelwunde trug man ihn tot vom Platz. — Das zweite Unfall, das ebenso ein Monteurleben forderte, trug sich in den Röhrenöfen zu. Ein Arbeiter kam auf unaufgellöteter Weise mit dem Kopf zwischen zwei Zahnrädern. Der Kopf wurde ihm buchstäblich zermolzt.“ „Neuettlingen. In der Nacht vom Montag zum Dienstag (22./23. Juli) verunglückte auf der Hütte Friede ein Walzer schwer am Bein. Der Verleie lag aber  $\frac{1}{4}$  Stunden, bis ärztliche Hilfe zur Stelle war und ebenfalls fehlte es an genügend Verbundzeug. Der Verunglückte erlag seinen Verletzungen und soll dies hauptsächlich auf den großen Blutverlust zurückzuführen sein.“ — Man könnte die Liste weiter fortsetzen, doch genug des Elends. Und denn noch die vielseitigsten Wohlfahrtseinrichtungen? Bei Grupp wurde ja in diesen Zeiten das hundertjährige Jubiläum gefeiert. Die Gruppischen Wohlfahrtseinrichtungen sind „welsverühmt“ geworden, Lourdes von Arbeitern haben dort ihren Abschluss in Form von Beiträgen und Eintrittsgeld für die Pensionskasse lassen müssen, wofür sie im Leben nichts mehr bekommen. Und diese Wohlfahrtseinrichtungen sind in der Großindustrie alle gleich. Da sind die Wohnungen. Diese sind weiter nichts als ein kostloses „Bewohnungsmittel“ gegen die Arbeiter. Denn alle Vermieter laufen: Verläßt der Arbeiter die Arbeit oder er wird entlassen, dann ist auch die Wohnung innerhalb drei Tagen, bei den meistens sofort zu räumen. Kann doch neulich erst der Fall vor, daß ein Arbeiter, der vier Jahre auf der Hütte beschäftigt war, am 15. ziehen sollte, am 16. hatte er schon den Rückungsbefehl und zugleich auch die Klage am Amtsgericht. Da aber seine Frau am 19. gebart, wies das Gericht die Klage des Besitzes ab. Zur „Speisung“ der Wohlfahrtlosen dienen auch die Strohfelder, die auf jedem Werk läßlich kleine Läden von Matz ausmachen. Werden alle die, die für die Wohlfahrtseinrichtungen der Unternehmer so große Lobeshymnen anstimmen, diese Wohlfahrt aus eigenen Reihen zu spüren bekommen, so würden wahrscheinlich sehr bald verschwinden. Aber alles scheint an den Hüttenarbeitern spurlos vorüber zu gehen. Früh morgens hinein, abends spät heraus, oder auch überabends hinein und morgens heraus, ist das Arbeitsleben vollbracht, bei die Arbeitsmaschine einige Stunden Ruhe — um alles anderes, was um ihn vorgeht, bewußt zu sich der Hüttenarbeiter nicht. Gleichmäßig und ununterbrochen steht er zu, wie er und seine Arbeitskollegen tagtäglich nicht ausgebaut werden, frühzeitig ruiniert durch die lange und schwere Arbeit, während auf der anderen Seite die Gewinne immer höher steigen und die Herren Aktienäre immer höhere Dividenden erzielen. Wie lange soll das noch so weiter gehen? Hüttenarbeiter, habt eins aus eurem Söhl, eringt euch, was eine übrigen Arbeitgeber schon längst haben: für zweite Arbeitszeit, mehr Lohn und lohnspiele besetzte Ar-

[www.mathematik.uni-hannover.de](http://www.mathematik.uni-hannover.de)

**Braunschweig a. S.** (Ausstellung von 3000 Arbeitern in den Brennöfenwerken.) Die Firma Gerd Weidhase hat es für richtig gehalten, gegen geringer Differenz des Betriebsstrom zu jahresweise und rund 3000 Arbeiter und Arbeitnehmer auf die Straße zu setzen. Am Freitag den 9. August trat eine Abteilung des Arbeitsausschusses mit 94 Männern infolge Lohnunterschieden in den Streik. Die Ursache dieser Arbeitsentziehung war, daß die Betriebsleitung seit langer Zeit jene jahrläufige Abweichungen "reduziert". Die Positionen der Betriebsräte werden zum Teil mit neuen französischen Einrichtungen und Verfahrenen in der Produktion begründet. Wiederholte Anträge auf die Arbeit der geraden Abteilung wie des Gewerbebetriebes gegen solche zum Teil recht ungerechtfertigte "Abweichungen" trafen. Die Firma habe gelegentlich einer öffentlichen Differenz bei der Verhandlung mit dem Betriebsausschuß beschlossen, daß diese Abweichung unter Zugrundelegung eines Stufenvertrages von 32 M. jahrläufig werden sollen. Dafür sollte die Ausprobierung und Prüfung täglich 1000 Preise in Gegenwart der Arbeiter vorgenommen werden. Bei den Meisterarbeiten der Aufzubauung wurde eine Arbeit, für die es höchst 40 M. pro Stück gab, auf 25 M. herabgesetzt. Bei dem Preis von 25 M. pro Stück war höchstens ein Betrieb von 24 M. pro Stunde zu erreichen. Der betreffende Arbeiter, dem diese Arbeit angeboten wurde, verjuckte zunächst seinen Meister davon zu überzeugen, daß der Preis von 25 M. für diese Arbeit zu niedrig bemessen sei. Der Meister erklärte, daß er an dem Preis nichts anderes hätte, denn dieser sei von der Betriebsleitung festgelegt. Der Arbeiter wandte sich darauf an den Chef, Hermann Schäffer jr. Dieser bedenkte den Arbeiter, obß der Preis für diese Arbeit richtig sei. Er, der Chef, habe sich diesen persönlich überzeugt, daß die Arbeit in einer halben Stunde per Stück bezahlbar sei. Der Arbeiter gab darauf zur Antwort, daß er die Arbeit zu dem angebotenen Preis machen wolle, wenn irgend ein anderer Arbeiter, die mögliche Arbeit in der ent-

gegebenen Zeit herstellen könne. Die Unterredung endete damit, daß der Chef sagte: „Es bleibt bei dem Preis, mehr gibt es unter keinen Umständen.“ Zwei Tage nach dieser Unterhandlung ging der Kollege zu seinem Meister, um sich andere Arbeit geben zu lassen. Da wurde ihm gesagt, daß er von Betriebsleiter entlassen sei. Dem Bruder des Entlassenen erging es genau so. Die Kollegen der Abteilung nahmen in einer Versammlung zu diesem Vorgang Stellung und beschlossen, den Arbeiterausschuß zu beauftragen, mit der Betriebsleitung wegen Regelung des strittigen Allordes und der Entlassung zu verhandeln. Dem Arbeiterausschuß gegenüber lehnte die Firma zunächst jedwedes Entgegenkommen ab. In der zweiten Verhandlung gefand die Firma zu die strittige Arbeit noch einmal genau auszuprobieren zu lassen, um, wenn notwendig, einen neuen Preis festzusetzen. Die Einstellung der beiden Entlassenen lehnte sie ab, weil sie das als Schwäche ausgelegt werden könne. Die Einstellung solle aber erfolgen, bevor betriebsfremde Arbeiter angestellt werden: Die Arbeiter der Autoabteilung ersäumten sich mit dem Zugeständnis die Preisregelung betreffend einverstanden, verlangten aber, daß wegen der Einstellung der beiden Entlassenen präzisere Zusicherungen gegeben werden müssen. Begründet wurde diese Vorberufung damit, daß bei jeder Preisdifferenz mit Entlassung bedroht würde und die Betriebsleitung im vorliegenden Falle selbst einsehen müsse, daß die Entlassung zu unrecht erfolgt sei. Die Autoabteilung beschloß dann den Streik. Am Montag den 12. August versuchte die Firma, aus anderen Abteilungen ihres Werkes die Plätze der Streikenden zu besetzen. Wie vorauszusehen war, weigerten sich die anderen Arbeiter, an die Plätze der Streikenden zu gehen. Deshalb wurden im Laufe des Montags 24 Mann, darunter Leute, die länger als 10 Jahre bei der Firma beschäftigt waren, entlassen, weil sie nicht Streikbrecher werden wollten. Als um 6 Uhr die Arbeiter den Betrieb verließen, prangte folgender Anschlag am schwarzen Brett: „Da es uns trotz wiederholter Bemühungen nicht gelungen ist, die Fräserei, Bohrerei und Schleiferei mit neuen Arbeitskräften zu besetzen, sehen wir uns genötigt, die Automobilabteilung heute abend bis auf weiteres zu schließen. Wir werden den Betrieb wieder eröffnen, sobald genügend Leute für die Fräserei, Bohrerei und Schleiferei angenommen sind, um die regelrechte Fabrikation aufzunehmen zu können. Maschinengänger und Dreher können sich täglich während der Geschäftszeit im Bureau der Betriebskranenkasse zur Einstellung melden. Da die zum Erhalt herangezogenen Arbeiter sowohl der Fahrrad- als der Kinderwagenabteilung die Arbeit verweigerten und sich dadurch mit den am Freitag Entlassenen solidarisch erklärt haben, möchten wir auch diese Abteilungen bis auf weiteres. Die Wiedereröffnung werden wir bekannt geben.... gez. C. Melchstein jr.“ Der übrige Teil des Anschlages betrifft die Lohnzahlungen, die hier nicht interessieren. Die Firma versucht die Sache so darzustellen, als ob sie Arbeitseinstellung der einen Abteilung in der Hauptstätte erfolgt sei, weil die beiden Entlassenen nicht sofort wieder eingestellt worden sind. Diese Darstellung ist durchaus falsch. Der Firma ist bekannt, daß in letzter Zeit wiederholt Beschwerden wegen Allordnungserungen vorgekommen sind. Die Firma hat noch den wiederholten Beschwerden versprochen, bei Preisfestsetzungen sollen 32-% Wochengebärfest zugrunde gelegt werden. Die Firma hat weiter versprochen, bei strittigen Allorden die Arbeit im Beisein der Arbeiter auszuprobieren zu lassen. Im vorigen jeden Fall hat die Firma diese ihre gegebenen Versprechungen nicht gehalten! Sie ist dabei nach dem Grundsatz versakten: „Erik Vogel oder stirb!“ Herr C. Reichstein, der zuerst erklärte, daß er sich persönlich von der Richtigkeit des strittigen Allordes überzeugt habe, gab doch am nächsten Tage zu, daß der Allord noch einmal genau geprüft werden sollte. Wenn die Feststellungen der Firma über die Richtigkeit des strittigen Allordes so ungenau, daß sie noch einmal genau geprüft werden müssen, dann wäre bei einigermaßen gutem Willen auch eine Verständigung über die Einstellung der Entlassenen möglich gewesen. Vor allen Dingen hätte die Firma dem wiederholt gemachten Vorschlag des Arbeiterausschusses, ausreichende Garantien zu geben, um bei strittigen Arbeiten solche Differenzen möglichst zu vermeiden, etwas näher stehen können. Die Streikenden legen den Hauptvorwurf daran, daß bei solchen strittigen Fragen möglichst einwandfreie Untersuchungen gegeben werden und nicht ständig mit Entlassung bedroht oder hingegangen wird, wo die Arbeiter nicht blindlings die ihnen vorgeschriebe Allordpreise annehmen. Die Arbeiter verlangen mit Recht, daß die Firma die dem Arbeiterausschuß gemachtten Versprechungen auch unbedingt hält und ihre Bedenken abweist, nach diesen Ausschreibungen zu verfahren. Ist schon die Haltung der Firma bei den entzonderen Differenzen in der Autoabteilung recht unverständlich, so ist die durchgeföhrte Auspeitung es doch nicht zu begreifen. Die Auspeitung in der Fahrrad- und Kinderwagenabteilung begründet die Firma damit, daß sich die als Erstaz herangezogenen Arbeiter dieser Abteilungen mit den Entlassenen (solidarischen Streikenden) solidarisch erklärt haben, indem sie nicht Streikbrecher werden wollten. Also noch dem eigenen Geständnis der Firma ist die Auspeitung des Hauptfeindes ihrer Arbeiterschaft deswegen erfolgt, weil es die Arbeiter ablehnten, Etreiberecht zu werden. Eine Auspeitung, wie sie wohl höchst kaum vorgesehen worden ist. Es sei nochmals darauf hinzuweisen, daß dieser große Kampf vermieden werden könnte, wenn die Firma nicht von vornherein einen strikt ablehnenden Standpunkt eingenommen und wenn von ihr der so plötzlich durchgeföhrten Auspeitung der Verlust einer nachteiligen Verhandlung gemacht werden wäre. Neue Verbundnisse sind bereits angehabt und ist zu erwarten, daß diese in beide Teile einzutreten kann.

Gegen i. B. (Aus der Praxis der Unternehmungen in den Kreisen Hagen-Schwelm führen seit Wochen einen erbitterten Kampf gegen die Brüder des Zwangsarbeitsnotweises dieses Kreises, der ja allerdings mehr im Ehren als in der Leidenschaft abhiebt. Um die Schätmacher zu zwingen, ihre Praxis bei Arbeitsermittlungen zu ändern, verhängten die

müssen. In den meisten Fällen wird für diese Arbeiter zur Strafe dafür, daß sie die Firma verlaufen haben, der Nachweis gesperrt. Wir wollen nur einige Beispiele anführen. Der Arbeiter Schö., hörte bei Dilettant in auf und bekam Schein bei der Firma Wittmann Nachf. in Hespel. Als er zum Nachweis kam, um einen Schein für die Firma Wittmann zu holen, wurde ihm dieser verweigert und von ihm verlangt, er solle zu Dilettant zurückkehren. Obwohl er also mit der Firma am Gewerbegericht war, wollte man den Arbeiter zwingen, dort wieder in Arbeit zu treten. Der Formier Fritz Sch. verließ die Firma Dilettant und verlor sie wegen rückständigen Lohnes beim Gewerbegericht. Zur Strafe wurde diesem Mann monatelang der Nachweis gesperrt. Als es ihm aber gelang, bei der Firma Brödning in Bochelshagen unterzutreffen, wurde er dort wieder auf Befehl des Nachweises sofort entlassen. Dem Formier Wilh. L. wurde, als er Dilettant verließ, um bei der Firma Wittmann in Arbeit zu treten, der Nachweisschein rundweg verweigert. Bezüglich dieser Firma könnten noch mehr derartige Fälle angeführt werden, wir wollen darauf verzichten. Der Klempner Richard Gr. hörte bei der Gabelsberger Heimat Öfenfabrik auf. Auf dem Nachweis wollte man ihn zwingen, als Emaillebrenner zu der Firma zurückzukehren, obwohl er von diesem Beruf nichts verstand. Gr. weigerte sich, dem Anführen des Nachweises zu folgen und suchte sich andere Arbeit. Er wurde von der Firma Müller in Schölem eingestellt, konnte dort aber nicht eintreten, weil ihm auf dem Arbeitsnachweis der Nachweisschein verwischt wurde. Eine Anzahl jugendliche unorganisierte Kermacher und Kermacherinnen, deren Böhnung nicht nach ihrem Wunsch ausgesprochen war, kündigten der Firma Wilh. Schmidt zu Gabelsberger ihr Arbeitsverhältnis. Ihnen allen wurde der Nachweis gesperrt, weil sie sich angeblich an einer Lohnbewegung beteiligt hätten. Einer von diesen Arbeitern hatte besonderen Grund zum Aufhören, da ihn der Meister mit Fußtritten traktieren wollte. Als dieser Arbeiter bei der Firma Kreft in Gabelsberg in Arbeit trat und schon drei Tage dort gearbeitet hatte, wurde er auf Befehl des Arbeitsnachweises wieder entlassen. Der Kermacher Fritz W. hörte am 15. Februar bei der Firma Schmidt Villa auf und trat bei der Firma Stichelschmidt, die nicht dem Arbeitgeberverband angehörte, in Arbeit. Nachdem er dort also 3 Monate gearbeitet hatte, nahm er bei der Firma Kottendorff & Wehdeking Arbeit an, er wurde aber nach vierstündiger Arbeit wieder entlassen, weil der Zwangsarbeitsnachweis ihm den Nachweisschein entzog, wohl zur Strafe dafür, daß er vor 3 Monaten bei der Firma Schmidt Villa, wo irgendwo ein Streik ausgebrochen war, gearbeitet hatte. Als er wiederholt beim Nachweis vortrat, um den Beamtien von der Unrechtmäßigkeit der Sperre zu überzeugen, erklärte ihm der Beamte, er möge auf das Metallarbeiterbüro gehen und sich dort einen Nachweisschein holen. Der Metzger Robert Sch. wurde bei der Firma Kottendorff & Wehdeking eingestellt. Er arbeitete bis 4 Uhr nachmittags zur Zufriedenheit der Firma, wurde dann zum Nachweis geschickt, um sich dort einen Schein zu holen. Der Schein wurde ihm auf dem Nachweis mit der Begründung verweigert, die Firma habe keine freien Stellen beim Nachweis gemeldet, er solle zu der bestreiteten Firma Schmidt gehen. Der Arbeiter Wilhelm Bu. müsste bei der Firma Schürrhoff als Prober in Arbeit zu treten. Zum Nachweis holte er einen Schein für die Firma. Als er dort vorsprach, erklärte ihm die Firma, daß sie nur Schleifer benötige. Bu. bat die Firma dann um Abstempfung seines Nachweisscheines, damit er dem Nachweis zeigen könnte, daß er wirklich um Arbeit angestragt habe. Dies wurde ihm aber verweigert. Als er zum Nachweis kam und dies meldete, erklärte man ihm: „Wenn Sie bei Schürrhoff nicht als Schleifer anfangen, reißt es sich anlernen lassen, bekommen Sie überhaupt keine Arbeit. Machen Sie, daß Sie raus kommen.“ Der Schleifer Karl H. ging zum Nachweis in Hagen und bei mir Arbeit. Man bot ihm eine Stelle zu 3,50 M. pro Tag an. Er erklärte, daß er diese Stelle nicht annehmen könne, es sei ihm unmöglich, mit 3,50 M. seine Familie zu ernähren. Darauf erklärte ihm der Nachweisbeamte: „Wenn Sie hier secz werden wollen, bekommen Sie überhaupt keine Arbeit.“ Als der Arbeiter nach einigen Tagen wieder kam und erneut um Arbeit bat, wurde er erneut mit den Worten abgewiesen: „Gehen Sie dort hin, wo Sie secz sein können, bei uns sind Sie dauernd gesperrt.“ Der Arbeiter B. hatte zwei Tage bei der Firma Schön gearbeitet. Er entschloß sich aber aufzuhören, da ihm der Lohn nicht genügte. Die Firma Gerden & Co. in Schölem-Boh., bei der B. vorher gearbeitet hatte, bot ihm 50 % Lohnzuschübung und es wollte auf Grund dessen der Arbeiter dort wieder eintreten. Der Nachweisbeamte verbetzerte ihm aber einen Schein mit den Worten: „Ich sorge dafür, daß Sie nicht auf dem Loh anfangen können.“ Als der Arbeiter dann fragte, ob die Firmen und die Arbeiter denn überhaupt nichts mehr zu sagen hätten, erklärte er, indem er mit der Faust auf den Tisch schlug: „Die haben überhaupt nichts zu wollen, Sie sangen dort an, wo ich will.“ B. sang aber doch auf dem Loh an, und zwar ohne Schein, jedenfalls tut es der Firma leid, nach länger von der Gnade des Zwangsarbeitsnachweises abzuhängen. Der Arbeiter N. war acht Tage in der kleinen Fabrik zu Gabelsberger beschäftigt. Als er zum Nachweis kam, um einen Schein zu holen, wurde ihm dieser verweigert. S. wurde darauf entlassen und war längere Zeit arbeitslos. — Diese Fälle könnten noch durch eine große Anzahl weiterer vermehrt werden. Aber diese werden schon genügen, um zu beweisen, daß das Vorgehen der Arbeiterorganisationen mir zu berechtigt ist. Die Entziehung der Arbeiter, die zeltweise vollständige Aushebung der Freiwilligkeit durch die Unternehmernachweise kann nicht mehr eintreten werden. Das Unternehmen droht in Hagen-Schölem mit schwächeren Maßnahmen. Es muß auf Grund dessen zum offenen Kampf kommen. Wir warnen eshalb die Metallarbeiter allerorts, in Hagen-Schölem in Arbeit zu treten. Fälle kein Metallarbeiter auf die Stellenangebote der Bürgerlichen Presse herein!

Ditzenberg i. Schlesien. Die Kollegen der Automobilfabrik von  
Heine & Seissel waren sehr erfreut, als sie seinerzeit hörten,  
dass der durch fortwährend Abzüge „deutsch“ gelöschte Meister  
Bassoth am 1. Juni den Betrieb verlassen würde. Aber jeder  
Lehrjunge ist zu erkennen, und so fand sich in dem jetzt bei der Firma  
Hüggen Meister Böhm ein würdiger Nachfolger. Dieser Herr war  
früher als Aufsichtsmied tätig; er war auch Verbandsvorsorge und  
wollte bei jeder neu betenden Gelegenheit nicht genug über die  
Firma herziehen. Jetzt ist er natürlich schon soweit, den Schlossern  
und Dreihern, obwohl er keines dieser beiden Handwerke geübt hat,  
die Absatzpreise zu diktieren und auch gefördert zu reduzieren. Leider  
finden sich im Betriebe auch noch eine Anzahl unversorgter  
Leute, wos es unseren Kollegen nicht möglich ist, energetisch gegen die  
Firma und ihre Helter vorzugehen. An diesen Leuten liegt  
aber nun. Wenn sie gezielt sind, die allgemeine Lage der dort  
beschäftigten zu verbessern, müssen sie sich bei uns austauschen lassen,  
um durch eine einheitliche Organisation, den Deutschen Metallarbeiter-  
verband Verbesserungen einzuführen.

**Kölner a. Rb.** In Nr. 28 des „christlichen“ Metallarbeiterverbandes bemüht sich jemand, Petitionen in der Druckerei- und Kleiderfabrik von Weben in Köln so zu verbreiten, daß es ihm möglich wird, umso mehr dort beschäftigten Kollegen Zustimmung, Arbeitsvertrag und ähnliche glänzende Eigenschaften, aber die sonst nur die Christen verfügen, anzudichten. Die dem „christlichen“ Verband angehörenden Scholzen werden eben hin und wieder auch einmal sehen, daß „etwas gemacht“ wird, und da man keine die Güte des „echten Verbandes“ in bezug auf Verbesserung der Arbeitsempfehlungen aus eigener Kraft selbst in Köln doch nun mal nicht ausrichten kann, den zahlenden Mitgliedern aber auch zeigen will, daß man nicht auf der faulen Zärtlichkeit liegt, wird hin und wieder ein Artikel publiziert, der beweisen soll, daß nur der deutsche Metallarbeiter-Verband daran schuld ist, daß es nicht so erträumt steht. Wie es die Scholzen unbedingt gern möchten. Die abgeschmackte Zustimmung, daß man umso höheren dabei stets „Gehörs“ tituliert, für alles und jedes die Sozialdemokratie verantwortlich macht und immer mit Aussprüchen sozialdemokratischer

Führer, die man so brecht, wie man sie braucht, arbeitet, wollen wir den Christen nicht übernehmen. Sie verfehlen es nicht besser und können nicht anders. Sie müssen von Zeit zu Zeit ihren Hintermännern zentralistischer Taktik doch zeigen, daß sie den eigentlichen Zweck der Gründung der christlichen Gewerkschaften, die Bekämpfung der modernen Arbeiterbewegung, nicht vergessen haben. Was sollte wohl aus den ersten Trüppen werden, wenn sie, vom Papst fälschlich gelassen, auch noch bei den Zentrumszöllnern in Ungnade fielen und die Kapläne nicht mehr mit auf Mission gingen? Das ist gar nicht auszudenken. In dem Geschäft wird nun behauptet, daß im Heimzug der Firma Wablen die Christen bisher die Führung gehabt hätten. Das ist die erste Unwahrheit. Zur Zeit des Eröffnungs des „Artikels“ waren im Heimzug beschäftigt sieben von uns und sechs von den Christen, in den anderen Abteilungen ist das Verhältnis für uns aber bedeutend günstiger. Alle Betriebsverträge, die im Laufe der Bewegung, ein reichliches Jahr zurückgesehen, stattgefunden haben, sind von uns geleitet worden. Aus diesen tatsächlichen Tatsachen kann man schon jenen, auf welcher Seite die Führung war. Wenn daran anschließend der Artikelschreiber hervorhebt, daß bis jetzt noch jeder Schrift zur Befreiung der Bevölkerung von Erfolg gekrönt war, so quittieren wir dankend für die Anerkennung, daß unsere Führung für die Arbeiterschaft von Vorteil gewesen ist. Zu dem Vorwurf, daß unsere Mitglieder die Arbeitsbedingungen verschlechtert hätten, diene folgendes: Die Christen hatten einmal in der ersten Zeit des Besuchens der Firma ein Treffen gezeichnet und erhalten. Die darin verzeichneten Preise waren, wie die Christen zu widerholten Malen in den Versammlungen hervorgehoben haben, so hoch, daß die Firma mit anderen Firmen gar nicht konkurrieren konnte. Trotz dieser hohen Preise aber war es den Drähtziedern nicht möglich, dasselbe zu verdienen, das sie bei gleicher Anstrengung in anderen Betrieben verdienen würden. Es lag eben, wie auch die Christen erklärten, an dem ganzen System, das so unrealistisch war, daß, obwohl die Firma nur einen bescheidenen Verdienst hatte, von Rentabilität keine Rede sein konnte. Zu damaliger Zeit waren im Heimzug nur Christen beschäftigt und es gereichte diesen nicht gerade zur Ehre, daß sich unter all diesen Drähtziedern niemand befand, der so viel von seinem Beruf verstand, um sachverständig einzutreten. Ein besseres Arbeitsleben gezaubert zu haben ist das Verdienst unserer Kollegen. Als die Christen damals das Preisverzeichnis erhalten, gaben sie das Versprechen, sobald die Produktion vereinfacht werden würde, billiger zu arbeiten. Daß die Christen unseren Kollegen D. angreifen, können wir verstehen. Er hat etwas fertig gebracht, was eigentlich die Aufgabe des Meisters, mit dem die Christen in sehr enger Führung zu stehen scheinen, gewesen wäre. D. hat ein System in Vorschlag und zur Durchführung gebracht, das nach Einstellung der Christen die Produktion bedeutend vorstellen möchte als früher. Dieses System möchte nun der Schreiber der Zeitschrift unterbreiten, zeigt aber dabei, daß er davon gar nichts versteht. Unsere Kollegen haben sich lange nicht mehr so amüsiert, wie bei den „sozialistischen Ausinandersetzung“ im „christlichen“ Deutschen Metallarbeiter und sie möchten gern wissen, wer wohl der Gewährsmann des Vorfassers sein mag. Im Betriebe selbst kann er unmöglich sein, da dort auch der einfachste Lehrjunge besser unterrichtet ist. Mit der Behauptung, daß unser Kollege D. hat Vorarbeiter werden wollen, dürften sich die Christen schwer in die Nase ziehen, wenn sie den Brief an Gesicht bekämen. Wohl aber ist D. als Urheber des vorgeschlagenen und in Anwendung gebrachten Systems beansprucht worden, dasselbe als Vorarbeiter durchzuführen. Wie gern er Vorarbeiter ist, geht wohl am besten daraus hervor, daß er diesen Posten, nachdem sein System eingeführt ist, wieder aufzugeben hat. Die Direktion hat nun auf Grund der verbesserten Produktionsweise und des Vorschlags der Christen, billiger zu arbeiten, einen Abzug vorgenommen, der in seiner Höhe ungerechtfertigt ist. Gedenkt hat die Direktion geplänt, der „christliche“ Metallarbeiterverband würde es hier ebenso machen, wie er es in Saarland mit seinen Mitgliedern in der „Westfälischen Drähtindustrie“ gemacht hat, und hier wie dort, statt die Lohn erhöhung durchzuführen, seinen Mitgliedern die Diffizienz im Arbeitslohn zuwidern „Soll und Haben“ aus der Verbandskasse zu holen bis zu 20 M. im Monat auszuzahlen. Ein Verfahren, gegen das die Unternehmer wohl kaum etwas einzubringen haben werden. Die Christen werfen nun das neue System und den Abzug der Direktion in einen Topf und schreiben: „Wir leben also, mehr Arbeit, schwierige Arbeit, weniger Lohn.“ Einige Zeilen weiter heißt es: „Es wurde anerkannt, daß infolge Besserung der Betriebsverhältnisse heute ein kleiner Abzug vertragbar wäre den könne.“ Wir müssen es dem Artikelschreiber überlassen, sich aus diesem Widerspruch herauszuwinden. Kollege D. soll nun als Vorarbeiter mit zweiter Wahl gewählt und unseren Kollegen Dräht als gut qualifiziert hantieren, der bei den Christen als schlecht gegolten hätte. Das wird wohl nur beweisen, weil die Christen alle anderen Menschen nach sich selbst beurteilen. Der Dräht wurde ja nicht nur von D., sondern auch noch von einer anderen Stelle geplänt, und da ist es denn Tatsache, daß den Christen nicht von unserem Kollegen, wohl aber von anderer maßgebender Seite große Quantitäten Dräht als untauglich zurückgegeben wurden, die vorher von D. als gut abgenommen worden sind. Unsere Kollegen ist das nicht passiert, was ein Beweis ist, daß D. gerade in dieser Beziehung den Christen eher etwas durchgeben ließ als unseren Kollegen. Er wußte eben im Voraus, daß er seine Pappelheimer kennt, daß man versuchen würde, ihn der Parteilosigkeit zu bezichtigten und war deshalb doppelt vorsichtig. Dann wird unseren Mitgliedern ein Vorwurf daraus gemacht, daß sie eine Versammlung unter sich abgehalten haben, weil sie den Christen nicht getraut hätten. Das hat keine Richtigkeit und wird das wohl in Zukunft noch öfter vorkommen. Es fehlt die Richtigmachung, daß bei Entlassungen abwechselnd ein Christ und ein Freiorganisierter herausgezogen werden sollte. Wer die Reize an uns, dann war die Erfüllung dieser Absichtung etwas selbstverständliches, was aber die Reize an den Christen, dann hielt es jedesmal: „Das müssen wir dem Meister überlassen.“ So kam es, daß nacheinander 7 Mitglieder von uns entlassen worden sind. Unsere Mitglieder sind der Meinung, daß die Christen in dieser Beziehung mit dem Meister unter einer Decke ständen und sie werden sich nicht mehr so leicht auf Richtigmachungen mit ihnen einlassen. Wenn die Christen schreiben, die Direktion hätte erklärt, unsere Mitglieder wären mit den niedrigen Preisen einverstanden, so wird diese Behauptung am besten durch die Tatsache widerlegt, daß mit der Kommission, die die Christen gewählt hatten, auch einer unserer Kollegen mit vorstellig wurde, und daß gerade dieser in der Hauptstrophe die Verhandlungen geführt hat. Wenn in dem Artikel gesagt wird, es wäre nur dem Eintreten der Christen zu danken, daß der Abzug durch anderweitige Aufbesserung ausgeglichen worden ist, so ist das einfach Schwindel. Die Kommission hatte vorher einmal gar nichts erreicht. Einige Tage danach aber wurden sämtliche Feindspiele vorgetragen, und da war es wieder unser Kollege, der in der Hauptstrophe das Wort führte; wenn also Berlinen sich dabei ein besonderes Verdienst erworben haben, dann ist dieses Verdienst unserm Kollegen zugeschrieben. — Es ist also, wie wir sehen, wieder nichts mit dem tapferen Eintreten der Christen für die Interessen der Arbeiter. Wenn man näher hinsieht, ist alles eitel Rauch und Schall.

### Schmiede.

Fürth. (Rißgütter & Hirschau.) Nachdem nun der Schmiedeverband seinen Übergang zum Deutschen Metallarbeiter-Verband beschlossen hat, glaubte Bieenthal die Gelegenheit gekommen, die Gegner der Verstärkung für sein Verbändchen einzufangen zu können. Das die Forderung nicht immer nach Wunsch geht, zeigte eine Versammlung der Schmiede in Fürth, in der Bieenthal über das Thema „Der Allgemeine Metallarbeiterverband und seine Gegner“ referieren wollte. Der Aufschluß führte auch unsere Bezirksschreiber Götsche in die Versammlung, und es kam zwischen ihm und B. zu einer Ausinandersetzung, die dazu führte, daß Bieenthal von der Versammlung verlangte, wenn er weiter reden solle, müsse B. entfernt werden. B. wußte nämlich nichts anderes zu tun, als

den Schmieden seinen Lebenslauf zu erzählen, wie schlecht er von den Kollegen Cohen und dem Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes behandelt worden sei, wie im Deutschen Metallarbeiter-Verband jede freie Meinung unterdrückt werde, kein Verwaltung das Selbstbestimmungsrecht bechnitt sei, wie die Beamten die Mitglieder behandeln; Mannheim, Stettin usw. müssten herhalten; kein Mitglied sei in der Lage, wenn ein Ausschlußantrag gegen es gestellt sei, sich zu rechtfertigen, es werde einfach ohne Verhöre ausschließen. Weiter kam B. nicht mehr, da ihm Gastgeber zuwarf, er solle doch nicht gar so erböslich Ich wüde, sondern bei der Wahrheit bleiben. Diese Unterbrechung war vor W. nicht angenehm und es kam deshalb zu einer verdeckten Ausinandersetzung, die damit endete, daß Gastgeber in einer Geschäftsauskundung dem W. die Masse vom Gesetz heruntertrakt und ihn als das bezeichnete, was er durch sein Verhalten und sein ganzes bisheriges Treiben in der Arbeiterbewegung geworden ist. Wenn W. behauptete, daß wir knielen, wenn er in öffentlichen Versammlungen über das Thema spricht, so wurde ihm gesagt, daß er nur Versammlungen, ob in Flüth oder in Nürnberg, einzuhören brauche und daß ihm dann schon Rede und Antwort zu tellt würde. Die verblüfften Kollegen unter den Fürther Schmieden haben auch die Konsequenzen gezogen, sie ließen W. mit 3 Getreuen allein. Auch diese werden sich überlegen, einer Organisation beizutreten, die auf dem Aussterben steht, die im ganzen Deutschen Reich 7 Orte „verein“ aufweist, darunter keine 20 Schmiede; einer Vereinigung, deren Unterstützungsanstaltungen auf dem Papier stehen und deren Selbstbestimmungsrecht so weit geht, daß jetzt schon die eigenen Mitglieder in Berlin dem W. in einer Verantwortung am 6. August vorwärts, daß er Polizeiverordnungen herausgegeben habe und daß sich die Mitglieder von W. nicht sonnen lassen sollen, auch wenn er nächst wie mit Engelszungen reden würde. — Hoffentlich wird W. bei seinen Berichterstattungen in überall so große „Erfolge“ erzielen wie in Fürth, dann dürfte W. eines schönen Tages kaum mehr die Mittel haben, solche Agitationstouren unternehmen zu können.

## Rundschau.

### Sozialdemokratischer Parteitag.

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands beruft den diesjährigen Parteitag auf Sonntag den 15. September, abends 7 Uhr, nach Chemnitz ein. Die Eröffnung soll am 16. September in der Sporthalle stattfinden. Dasselbe Konstituierung des Parteitages, Festsetzung der Geschäfts- und Tagesordnung und Wahl der Mandatsermittlungskommission.

Während der folgenden Tage werden die Verhandlungen im Wintergarten, Schönau/Chemnitz, stattfinden. Als vorläufige Tagesordnung ist festgesetzt:

1. Geschäftsbericht des Parteivorstandes:
  - a) Allgemeine. Referent: Genosse Ebert;
  - b) Kassenbericht. Referent: Genosse Braun.
2. Bericht der Kontrollkommission. Referent: Genosse Raden.
3. Bericht der Reorganisationskommission. Referent: Genosse H. Müller.
4. Die Reichstagswahlen. Referent: Genosse Scheidemann.
5. Bericht der Reichstagsfraktion. Referent: Genosse Staibholz.
6. Der Imperialismus. Referent: Genosse Haase.
7. Die Maifeier. Referent: Genosse Pfarrkoch.
8. Der Internationale Kongress in Wien. Referent: Genosse Molkenbuhr.
9. Anträge.
10. Wahl des Parteivorstandes, des Parteiausschusses, der Kontrollkommission und des Ortes, an dem der Parteitag 1918 stattfinden soll.

### Gewerkschaftliches.

Leberarbeiter. Der Verband aller in der Leber- und Leberhandelschiffahrt beschäftigten Arbeiter und Arbeitersinnen Deutschlands bildet jetzt auf ein vierzigjähriges Bestehen zurück. Im August 1872 wurde in Berlin der Norddeutsche Weißgerberbund gegründet. Die Schmiede, mit denen eine junge Gewerkschaft zu kämpfen hat, waren in diesem Falle besonders groß, weil es noch ganzlich an gewerkschaftlichen Vorbildern fehlte und die zur Gewerkschaftspraxis nötigen Kenntnisse erst durch eigene Erfahrung mühsam erworben werden mußten. Hierauf kamen noch das Wahlkraut des Süddutschen gegen alles, was aus Norddeutschland kam, das vielfach noch herrschende Patriarchalische Arbeitsverhältnis und die Gegnerschaft der Anhänger des Bruderschaftswesens gegen den Gewerkschaftsgedanken. Der Bund war damals noch keine Zentralisation in unserer heutigen Sinne, sondern eine Föderation von Fachvereinen. 1874 gehörten ihm 27 Vereine mit 680 Mitgliedern an. Im Jahre 1875 begann man sich auf dem in Altenburg abgehaltenen Kongress mit der Herausgabe einer Zeitung zu beschäftigen; sie erfolgte jedoch erst 1878. 1876 wurde in Augsburg ein süddeutscher Sonderbund gegründet. Weitere Differenzen entstanden daraus, daß einige noch in recht zünftlerischen Ansichten feststanden, andere dagegen schon damals die Ansicht vertreten, die Organisation müsse auch Ungelernte aufnehmen. Seit 1876 blieb die Organisation Allgemeiner Weißgerberverband und ein Jahr später verlegte er seinen Sitz nach Altenburg. In den folgenden Jahren schlossen sich verschiedene süddeutsche Vereine dem Verbande an. 1892 hatte er in 50 Jahrstellen 1883 Mitglieder. Von der Zeit an hieß er Leberarbeiter-Verband und hatte seinen Sitz in Berlin. Von da an nahm er immer mehr die Formen einer modernen Gewerkschaft an; es erfolgte die Verschmelzung mit verschiedenen Sonderorganisationen, bis er das Jahr 1911 mit rund 15 000 Mitgliedern abschließen konnte. In demselben Maße wurde seine Leistungsfähigkeit, vorüber in der Festnummer (82) der Leberarbeiter-Zeitung ausführliche Mitteilungen gemacht werden.

Tapezierer. Der Verband der Tapezierer Deutschlands und verwandter Berufsge nossen Deutschlands heißt vom 21. bis zum 25. Juli zu Köln seinen fünfsten Verbandstag ab. Der Verband hat den infolge der Kette während der vorletzten Geschäftspräsidium eingetreteten Mitgliederlust nicht nur ausgegliichen, sondern noch einen Zuwoch dazu erworben. Der Verband hatte im zweiten Quartal 1907: 8765 Mitglieder, die bis dahin höchste Zahl. Diese fiel bis zum Schluß des Jahres 1908 auf 7844, stieg dann aber wieder, bis sie am Ende des Jahres 1911 auf 9711 stand und zur Zeit der Abhaltung des Verbandstages auf 10 500. Nach einer Statistik vom September 1910 gab es in Deutschland etwa 16 000 Gehilfen. Die Organisation der Näherinnen läßt sehr zu wünschen übrig. Am Ende des vorigen Jahres hatte der Verband nur 122 weibliche Mitglieder. Auch die Fluktuation ist noch sehr groß, denn es treten in der letzten Geschäftspräsidium 11 552 Mitglieder ein und 9579 wieder aus. Der Verband errang in den drei Geschäftsjahren für 6510 Mitglieder wöchentlich 11 844 Stunden Arbeitszeitverkürzung und für 11 355 Mitglieder wöchentlich 22 200 M. Lohn erhöhung. Die Bewegungen lösten dem Verbande 140 175 M. Aus dem mündlichen Bericht des Verbandsvorstandes Spieker ist besonders hervorzuheben, daß wegen der Organisierung der Linoleumleger Verhandlungen mit dem Verbande der Sattler und Portefeuillen schmieden, da die Linoleumleger in Berlin in diesem Verbande organisiert sind, während sie in anderen Landesteilen dem Tapezierer verbande angehören. Ferner beanspruchte der Sattlerverband die Polsterer beim Norddeutschen Lloyd in Bremerhaven und in Kiel für sich. Schließlich wurde bestimmt, daß die Polsterer auf den Werken dem Tapezierer verbande angehören sollen. Der Vorstand referierte ferner über Lohnkämpfe und Tarifverträge. Der Redner hielt den Abschluß eines Zentraltarifes aufzulegen noch nicht zu für wünschenswert. Man werde ihm auf die Dauer aber nicht entgehen. Zum Schluß wandte der Referent sich gegen einen Antrag i

aus Berlin, wonach Filialen mit 300 Mitgliedern das Recht erhalten sollen, ohne Genehmigung des Vorstandes in einen Streit einzutreten. In der Debatte wurde besonders ausführlich die Altordnerarbeit besprochen, wobei einige Redner der Meinung Ausdruck gaben, es müßten Höchstverdienstsätze festgelegt werden, damit die Altordnerpreise nicht herabgesetzt würden. (1) Von anderen Rednern wurde diese Ansicht bekämpft. Schließlich wurde eine Resolution angenommen, wonach verfügt werden soll, bei Tarifabschlüssen eine Mindestgrenze der Altordnerpreise und eine Garantie des täglichen Lohnes durchzuführen. Der erwiderte Berliner Antrag wurde abgelehnt. Engel (Berlin) referierte über die Arbeiterversammlung am 7. August 1911. Es wurde eine Resolution angenommen, die als erfreulichste Form der Arbeitsvermittlung die obligatorische und patentierte erklärte. Da der Unternehmerverband diese ablehnt, soll der Verband die Arbeitsvermittlung durch Errichtung von Verbandsnachrichten organisieren. Von den Filialen Essen, Köln und Hannover lagen Anträge auf Errichtung mit dem 1. September 1911 ein. Auch diese werden gegen drei Stimmen abgelehnt. Nur eingeholt wurde eine Umfrage, die nach einer Mitgliedschaftsdauer von 104 Wochen in Höhe von 20 M. geahndet wird und bis zu 35 M. steigt, die nach 260 Wochen bezogen werden können.

### Aus den Unternehmerverbänden.

Installationsfirmen, Sachsen. Der Bezirksverein Sachsen des Verbandes der elektrotechnischen Installationsfirmen in Deutschland hält am 7. Juli in Leipzig seine zweite diesjährige Mitgliederversammlung ab. In dieser wurde unter anderem mitgeteilt, daß die Mitgliederzahl des Bezirksverbandes infolge reger Agitation von 68 auf 103 gesiegen sei. Der Tätigkeitsbericht sei zu zuzuschreiben, daß bei den zuletzt gegründeten Überlandzentralen in Sachsen eigentliche Monopole nicht mehr zugelassen werden seien. Gegen die bestehenden habe man aus Mangel an gesetzgeberischen Handhaben allerdings bisher nichts ausrichten können. Es müsse deshalb eine Änderung der Gewerbeordnung erstrebt werden. Das Ziel sei die Freigabe der Installationen.

In bezug auf die Arbeiterbewegung im Installationsgewerbe führt der Vorsitzende Wölde aus, daß der Verband es sich zur Aufgabe machen müsse, die gelben Gewerkschaften zu unterstützen, und zwar nach der Meinung, daß sie ihren Mitgliedern dasselbe bieten können, wie die sozialdemokratischen, die Kirch-Dunderschen und die christlichen Gewerkschaften. (Wie die gelben Organisationen das wohl anstreben sollen. Und wenn die gelben Organisationen noch so sehr, von den Unternehmern gehabt und unterstützt werden, so werden anständige, zur Abwaltungsmittel dienten geprüfte Arbeiter sich in ihnen doch nie wohl fühlen, und schon aus diesem Grunde werden die gelben Organisationen den Arbeitern nie „dasselbe bieten“ können, als was die freien Gewerkschaften ihnen bieten.) Leipzig besitzt schon ansehnliche gelbe Verbände und können die Gewerkschaft einer neuen und hellbringenden Arbeiterbewegung werden. (Es hat sich schon mancher angestrengt, eine neue Arbeiterbewegung zu gebären, es ist aber gewöhnlich nichts anderes herausgekommen als ein Windel oder ein totes Kindlein.)

Unsere Kollegen von der Branche der Elektromontenure wird es interessieren, daß bei dieser Gelegenheit über die Einführung einer Gehilfenprüfung-Ordnung beraten wurde. Es wurde mitgeteilt, daß die allgemeine Prüfungsordnung durch spezielle Richter für das Installationsgewerbe ergänzt werden müssten. Neben die Einführung einer vierjährigen Prüfung sei man einig. Im Anschluß daran wurde von der Versammlung eine neunzehnköpfige Kommission zur Ausarbeitung einer Prüfungsordnung gewählt. Die Frage, ob ein Ausgelehrter als Hilfsmonteur oder Monteur zu deziernen sei, wurde dahin entschieden, daß alle, die nach vierjähriger Lehre die Prüfung erhalten sollen.

Auch über die Tariffrage wurde gesprochen. Darüber berichten die Leipziger Neuesten Nachrichten vom 8. Juli, denen wir in diesen Mitteilungen folgen, folgendermaßen:

Der Vorsitzende führte hierzu aus, daß die sozialdemokratischen Gewerkschaften nicht als tariffrei anzusehen werden können. Der Frankfurter Verbandsstag habe in drei Punkten sich festgesetzt, nämlich 1. nicht mit dem Metallarbeiterverein (!) zu verhandeln, 2. keine Mindestsatzfeststellungen und 3. keine Tarifverträge einzugehen. Dagegen solle eine einheitliche Lohnzahlung anstrebt werden.

Wenn Herr Wölde wirklich die Ausführungen gemacht hat, die der Berichterstatter der Leipziger Neuesten Nachrichten ihm in dem ersten zitierten Satz in den Mund gelegt hat, so hat er sich eine freche Beschimpfung der Gewerkschaften geleistet und er darf sich nicht wundern, wenn ihm in Zukunft etwas genauer auf die Finger gesetzt wird. Was ferner die Abstimmung des Frankfurter Verbandsstages anlangt, so haben wir schon in Nr. 26 der Metallarbeiter-Zeitung (Seite 210) das Motive dazu gesagt. Wir brauchen nur noch hinzuzufügen, daß schon mancher am Morgen ein recht großes Mundwerk hatte und am Abend recht kleinmütig war. Das mag auch Herr Wölde sich merken.

### Ein Verbandskollege als Lebendreiter.

Auf dem Gewerbeleiter Eisenwaren in Siegen war ein Arbeiter mit Reparaturen an einem Gasbehälter beschäftigt. Auf nicht aufzuhaltende Weise trat Gas aus und der Arbeiter wurde bewußtlos. Als ein von Arbeitskollegen unternommener Rettungsversuch mißling, stieg der Generatorenträger Schermann, Mitarbeiter des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, die eigene Lebensgefahr nicht wächtend in den Behälter, um seinen Mitarbeiter zu retten. Leider zog er sich dabei eine Gasverergiftung zu, an deren Folgen er starb. Die rheinisch-westfälische Güten- und Walzwerks-Berufsgenossenschaft muß nun mehr an die Witwe und ihre drei Kinder jährlich 960 M. Rente zahlen. Die Berufsgenossenschaft bemühte sich ferner um eine Belohnung aus der Carnegie-Stiftung aus dieser Stiftung auch 2000 M. ausbezahlt. Wir wünschen ja nicht daran, daß diese Summe der ihres Ernährers verlorenen Familie unter den obwaltenden Umständen willkommen gewesen ist. Warum ist aber wohl der Kollege Schermann ohne Schutz vor dem Gas in den vergangenen Raum eingestiegen? Vermutlich weil seine da war oder weil sie nichts getan hat. Es wäre darum besser, wenn die Berufsgenossenschaft mehr ihren Einfluß auf Beschäftigung ausreichende Schutzzapparate (wie sie bei allen besten eingerichteten Feuerwehren schon längst vorhanden sind) gestellt mache. Dann könnte sie auch seltener dazu, solche Renten zahlen zu müssen.

## Vom Ausland.

### Österreich.

Bei den Lohnkämpfen, die der Metallarbeiterverband in der letzten Zeit zu führen hatte, trat mit besonderer Schärfe das Einbrechen der Unternehmerorganisation hervor. Kein Zweifel, die Unternehmer halten in ihrer Organisation immer mehr Rückstand und es ist für die Gewerkschaft heute viel schwerer als früher, einen einzelnen Unternehmer anzugreifen und ihn zu schlagen, denn er findet in der Regel einen sehr ausgiebigen Rückhalt bei seiner Organisation, deren Anordnungen hinzuweisen der einzelne Unternehmer sich ohne weiteres fügen pflegt.

Seit nunmehr 15 Wochen streiken die Arbeiter der Waggonfabrik in Kesselsdorf. Anfangs Mai haben die Arbeit-

dieser Fabrik der Direktion Forderungen nach Arbeitszeitverkürzung und Lohnreduktion überreicht. Diese Forderungen wurden von der Fabrikleitung brüsk abgelehnt. Am 8. Mai wurde dann von der Arbeiterschaft abgestimmt, ob gestreikt werden solle oder nicht. Von den abstimenden Arbeitern haben damals 1200 für den Streik und nur 357 dagegen gestimmt; auf Grund dieser Abstimmung wurde die Arbeit eingestellt. Seit Anfang Mai wütet nun der Kampf. Die Direktion will absolut nicht nachgeben, während die Arbeiter erklären, unter den alten Arbeitsverhältnissen nicht mehr existieren zu können. Die Fabrikleitung wendet alle Künste auf, um die Streikenden niederzuringen. Sie hat eine Streikbrecheragentur eingerichtet und läßt mit großen Kosten Streikbrecher auch aus dem Auslande kommen, die unter Gewässerbegleitung in die Fabrik geliefert und auch aus der Fabrik geführt werden. Trotz des mühselig inszenierten Streikbrecherzuganges kann aber der Betrieb nur kümmerlich aufrecht erhalten werden. In den letzten Tagen nun hat die Fabrikleitung an einem neuen und brutalen Kampfmittel gegriffen. Sie läßt die streikenden Arbeiter aus den Fabrikhäusern hinauswerfen. Unter dem Aufseß einer Menge Gendarmerie wurde die Delegierung der Streikenden vorgenommen. Aber trotz all dieser brutalen und furchtbaren Kampfmittel bleibt die Arbeiterschaft dem Streik treu und die Direktion der Fabrik kann sich noch immer nicht rühmen, auch nur einen kleinen Erfolg errungen zu haben. In diesem Streik ist sowohl die zentralistische als die separatistische Organisation bestellt. Es ist einer der langwierigsten und erbittertesten Lohnkämpfe, die die österreichischen Gewerkschaften in den letzten Jahren zu führen hatten.

Nicht minder hartnäckig scheint der Kampf zu werden, der in den Weichselengießereien des Gölsens- und Traisenhales entbrannt ist. Am 1. Juli 1912 waren in den maßgebenden Betrieben dieses Gebietes die Tarifverträge abgelaufen und die Arbeiterschaft verlangte bei der Abschließung neuer Verträge eine Lohn erhöhung. Diese Forderung erfüllt um so berechtigter, als die Lebensmittel seit der letzten Vertragsabschließung um rund 30 Prozent in dieser Gegend gestiegen sind. Die Unternehmerorganisation war indes von vorneherein nicht geneigt, über die Frage der Lohn erhöhung in Unterhandlungen zu treten und suchte nach einem Vorwand, um dies begründen zu können. Dieser Vorwand war bald gefunden. Ein Vorarbeiter der Firma M. Schmidt in Görlitzburg bei Wilhelmsburg, hat sich bei der Arbeiterschaft dieses Betriebes so mißliebig gemacht, daß diese erklärte, mit ihm nicht länger zusammenarbeiten zu wollen. Infolge der fortwährenden Konflikte mit diesem Vorarbeiter kam es schließlich zu einem Streik. Da erklärte nun die Unternehmerorganisation, daß sie über die Vertragserneuerung in den Weichselengießereien erst dann die Verhandlungen beginnen werde, wenn der Streik bei der Firma M. Schmidt beendet sei. Die Arbeiterschaft konnte sich natürlich dieses Vorgetue nicht bieten lassen und so wurde der Kampf in den Weichselengießereien des Gölsens- und Traisenhales ein allgemeiner. Nun steht auch dort der Kampf bereits seit Wochen und es ist kein Ende abzusehen.

Mit welchen Mitteln die Unternehmer zu arbeiten beginnen, ist auch daraus zu erkennen, daß sie jetzt systematisch die freien Gewerkschaften aus den Werkstätten hinausdrängen und dafür christlichsoziale Arbeiter einzustellen wollen. Vor kurzem ist der Arbeitersprecher ein Schriftstück in die Hände gelommen, das deutlich zeigt, mit welch brutalem Gewalt die Unternehmer diese Absicht durchzusetzen beabsichtigt sind. In diesem Schriftstück wendet sich die Vereinigung der Zschleiferbeiter und Holzarbeitungswerkstätteninhaber Steiermark in folgender Weise an eines ihrer Mitglieder:

"Nachdem Sie dem in der von Ihnen begewohnten Vorstandssitzung am 8. Juli 1912 gefassten Beschuß (welchen Sie übereidet durch Ihre Unterschrift bestätigten), gewußt, welchem jene Zschleiferarbeiter geholfen und Holzarbeiter, die in Werkstätten von Vereinigungsmitgliedern in Arbeit stehen, und am Samstag den 13. Juli dieses Jahres nicht nachweisen, daß sie dem Verbande christlicher Holzarbeiter Österreichs, Ortsgruppe Graz, als Mitglieder angehören, am Samstag den 13. d. zu entlassen sind, bisher nicht nachzuholen, hat unser Vorstand in seiner heutigen Sitzung auf Grund des § 9 Absatz 5 unserer Satzungen über Sie eine Ordnung gesetzt, daß von uns auf Sonn- und Feiertagen, sage ein tausend Kronen, verhängt."

Derart Praktiken werden auf den Terrorismus der Unternehmerorganisation, wie auf den gelben Charakter der christlichsozialen Gewerkschaften ein schärfes Schlaglicht. Es braucht aber wohl nicht besonders gezeigt zu werden, daß sich die Anwendung solcher Kampfmittel nicht allein auf die Holzindustrie beschränkt. Auch in den anderen Gewerben kämpfen die Unternehmer mit gleichen Mitteln gegen die Organisation der klauenbewußten Arbeiter. Wenn die Unternehmer schon jetzt in der Zeit einer guten Konjunktur zu jahrelangem Stillstand greifen, kann man sich vorstellen, wie es in der Zeit der Krise werden wird. Über der brutalen Terroristus, den die Unternehmerorganisationen allenfalls ausüben, hölt sie nicht ab, bei der nächsten Gelegenheit wieder über den Terrorismus der Gewerkschaften ein wehmütiges Stagelied anzustimmen.

S. D.

#### Großbritannien.

Die 22-jährliche Delegiertenversammlung des Verbandes der Maschinen- und Schiffbauarbeiterfamilien (Federation of Engineering and Shipbuilding Trades) fand am 16. und 17. Mai 1912 zu Belfast statt. Von den 27 zu dem Verband gehörigen Gewerkschaften waren 25 mit 337 450 Mitgliedern durch 45 Delegierte vertreten. Nicht vertreten waren die National Society of Amalgamated Brass Workers (Gehämmelarbeiter) mit 7370 Mitgliedern und die National Amalgamated Furnishing Trades Association (der Möbelarbeiterverband) mit 668 Mitgliedern.

Auf Antrag von John Hill (Gefäßschmiede und Schlosser) wurde zuerst über die Regierungsvorlage betreffend Ergänzung des Gewerkschaftsgesetzes verhandelt. Alle Gewerkschaften brachten ihre Unzufriedenheit mit der Vorlage zum Ausdruck, weil sie den Wünschen der organisierten Arbeiterschaft nicht entsprach. Die Gewerkschaften forderten nicht allein die gewünschten Belehrungen gestattet sein, sondern zur Unterstützung politischer Zwecke zu verwenden. Diese Gewerkschaft, die politische Zwecke unterstützen will, durch einen Beschuß darüber im geheimen Urteil zu tun, wenn ihre Mitglieder jenen und für mich ihr Sicht dem Register der Wählergesellschaften und Gewerkschaften zur Genehmigung vorlegen, die nur dann erfolgt wird, wenn sich dieser Staatsbeamte überzeugt hat, daß die Handlung der Organisation die im Gewerkschaftsgesetz von 1876 vorgesehen sind, nämlich Regelung der Beziehungen zwischen Arbeitern und Unternehmern, Ausstellung deputierter Gewerkschaftsräte, Genehmigung von Unterprüfungen etc. Die Beitragsabgabe für den politischen Zweck ist zweifellos freiwillig, als es jedem Mitglied gestattet ist, sich durch Abgabe einer schriftlichen Erklärung dem dieser Beitragsteilung zu entziehen. Solche Mitglieder dürfen in keiner Weise benachteiligt werden. Der politische Zweck ist gesondert zu verordnen und darf nur bestimmt werden zur Bezeichnung der Ausstellung den Sachbüchern zu den Tabellen für öffentliche Gewerke, der Sachbücher jüdischer Gewerke, der Tabellen von Wählervoraussetzungen und Wahlunterlagen, zur Bezeichnung von Personen, die öffentliche Leute belieben, sowie zur Abhaltung politischer Versammlungen und Verschau politischer Litteratur erlaubt der Wahlzettel. — Die Delegiertenversammlung nahm eine Resolution an, die gegen die dem Register der Wählergesellschaften und Gewerkschaften nur zu genehmigen befähigte, sowie gegen das Gesetz, das vor der Zeitung politischer Beiträge auszumachen, protestiert.

Zusätzlich beschloß wurde über das nationale Sicherungsgesetz. Eine Schwierigkeit, die die Gewerkschaften bei dem Besuch begaben, an der Durchführung des Gesetzes teilnahmen, ist die Zentralisierung der Entwicklung. In jedem der Länder, aus denen das "vereinigte Königreich" besteht (England, Wales, Schottland, Irland), ist ein besonderer Gewerkschaftsverband eingerichtet und jede Gewerkschaft, die als "unabhängige Gewerkschaft" fungiert, was für jedes Land getrennt Rechnung führt. Beträgt die Mitgliederzahl in einem der Länder weniger

als 5000, so wird diese Mitgliedschaft vom Versicherungsamt mit anderen Gewerkschaften zu einem Verband "gruppiert", vorausgesetzt, daß sie sich nicht schon freiwillig einem größeren Verband angeschlossen hat. Durch diese Bestimmung würden die meisten Gewerkschaften die Kontrolle über ihre Mitglieder in Wales, Schottland und Irland zum Teil verlieren. Um das zu verhindern, wurde beschlossen, daß die Federation of Engineering and Shipbuilding Trades um die Anerkennung als Versicherungsverband einformen soll. Der Beitritt zu dem Versicherungsverband soll für die angeschlossenen Gewerkschaften facultativ sein. — Bis zum Tag des Wirkammerbergs des Gesetzes, den 15. Juli, hat die Föderation die Anerkennung noch nicht erlangt und die in ihr vertretenen versicherungspflichtigen Arbeiter müßten sich, mindestens vorläufig, anderen anerkannten Versicherungsvereinen oder der Postversicherung anschließen. Einige der zur Föderation gehörigen Verbände, wie die Steam Engine Makers' Society (Dampfmaschinenbauer), die Electrical Trades Union, die Gas Workers and General Labourers (allgemeine Hilfsarbeiter) haben bis zum 15. Juli die staatliche Anerkennung als Versicherungsvereine direkt erlangt. Ob die Mitglieder der anderen Gewerkschaften, die nun zumeist durch Hilfsgesellschaften (Friendly Societies) versichert sind, späterhin in ihrer Mehrheit in den Versicherungsverband der Federation of Engineering and Shipbuilding Trades übertraten werden, ist sehr fraglich. Durch das Vorausziehen der Anerkennung der Gewerkschaften erreichten die obersten Versicherungsbehörden, daß sie jetzt fast nur mit Hilfs- gesellschaften als Organen der Versicherung zu tun haben.

Das Ansuchen der Föderation, den Personen, die der Erwerbs-

unsfähigen und Arbeitslosenversicherung untersuchen, nur eine Legitimation für beide Versicherungsarten auszustellen, wurde von den Behörden abschlägig abgelehnt, denn es wäre sonst für die versicherten Arbeiter unmöglich geworden, daß sie nur die Arbeitslosenversicherung durch die Gewerkschaft, die Erwerbsunfähigkeitsversicherung aber durch eine Hilfsgesellschaft oder Betriebsstätte bewerkstelligen. Es ist übrigens zu erwähnen, daß das Arbeitslosenversicherungsbuch leicht ein Mittel zur Benutzung organisierter Arbeiter werden kann; denn der Unternehmer, der es verachtet, ersicht daraus, welche von seinen Arbeitern ihre Unterstützung von der Gewerkschaft und welche sie vom öffentlichen Arbeitsnachweis beziehen — also wahrscheinlich unorganisiert und "verläßlicher" sind.

Neben die Frage der Erweiterung des Bereichs der jugendlichen Arbeiter von Robert Danneberg. Wien 1912, Verlag von Anton Jenschl, Druck- und Verlagsanstalt "Vorwärts", Wien, V. Bezirk, Rechte Weinzeile 97, 80 Seiten, Preis 30 Heller. — Diese Broschüre ist nicht nur für die österreichische Arbeitersjugend, sondern auch für das gesamte organisierte österreichische Proletariat sehr notwendig. Sie enthält eine Anzahl kurzer, gut geschriebener und systematisch zusammengestellter Artikel und Gedichte, die sehr wohl geeignet sind, das österreichische Proletariat in der vielfach strittigen Nationalitätenfrage aufzuläutern.

**Un die Leser der Metallarbeiter-Zeitung!**

Allen Zuschriften an die Redaktion ist die genaue Adresse des Absenders beizufügen. Wer dies unterläßt, hat zu gewährten, daß seine Zuschrift unbeachtet bleibt.

## Verbands-Anzeigen

### Mitglieder-Versammlungen.

(In allen Versammlungen werden Mitglieder aufgenommen.)

Samstag, 24. August: Reg. Gewerkschaftshaus, halb 9 Uhr.

Sonntag, 25. August: Dortmund-Höde, Brüder, 4 Uhr.

Dienstag, 27. August: Eich a. d. Alz, Marabé, Poststr. 1/9, Bayrisch (Pösen). Straße, 8 Uhr.

Mittwoch, 28. August: Bismarck. Arbeitshaus, 8 Uhr.

Donnerstag, 29. August: Monach. Monopol, Vorstadtstr. 8, Schwerin. (Ecktormont.) Thalia, 1/9.

Freitag, 30. August: Braunschweig. Gewerkschaftshaus 8.

Samstag, 31. August: Wiesbaden. Wiese, halb 9 Uhr.

Wiesbaden-Eberfeld (Ecktormont.). Hotel Hegelgasse, Unter-Wiesbaden, 1/9.

Wiesbaden-Eberfeld (Heizungsmont. u. Pösen). Volkshaus, Eberfeld, 1/9.

Wiesbaden-Eberfeld - Rangierfeld. Wolfsitz in Langerode, halb 9 Uhr.

Bonn a. Rh. Volkshaus, 9 Uhr.

Braunschweig. (Ecktormonteur.) Chemnitz (Ecktor). Nordpol, 1/9.

Dortm. Schwer. Stamm, 1/9 Uhr.

Hagen-David. Zum Stahlwerk, 8. Lippestadt. Bölkamp, halb 9 Uhr.

Merseburg. Kaiser Wilhelmstrasse, 1/2.

Wiesbaden - Friederichsdorf. Löwen, Wiesbaden, halb 9 Uhr.

Sonntag, 1. September: Bremg. Cämmern. Bürgergarten, 4.

Breslau. Bismarckstr. 10. Uhr.

Breslau. Arbeitshaus und Auszählung des Feilenhauergeschäfts 8. Hofgasse 3, 2. von 9 bis 10 Uhr und 12 bis 1 Uhr.

Crefeld (Verkaufsstelle). Mittwoch, 4. Sept., abends halb 9 Uhr, im Neuen.

Bremen-Eberfeld. Verkaufsstelle der Klempner. Donnerstag, 29. August, abends halb 9 Uhr, im Volkshaus, Eberfeld.

Breslau. (Feilenhauer.) Arbeitsschein und Auszählung des Feilenhauergeschäfts 8. Hofgasse 3, 2. von 9 bis 10 Uhr und 12 bis 1 Uhr.

Crefeld (Verkaufsstelle). Mittwoch, 4. Sept., abends halb 9 Uhr, im Neuen.

Bremen-Eberfeld (Ecktormont.). Hotel Hegelgasse, Unter-Wiesbaden, 1/9.

Bremen-Eberfeld (Heizungsmont. u. Pösen). Volkshaus, Eberfeld, 1/9.

Bremen-Eberfeld - Rangierfeld. Wolfsitz in Langerode, halb 9 Uhr.

Bremen. St. Pauli. St. Blasien. Mehls.

Feilenhauer. Umzäunen verboten. Arbeitsnachweis im Verbandsbüro, Steinweg 5, 3.

Bremen. Für die hiesige Verwaltung stellt sich zum 1. Oktober 1912 ein Geschäftsführer angestellt werden. Bewerber müssen mindestens fünf Jahre Mitglied des Verbandes und mit allen Verbandsarbeiten durchaus vertraut sein.

Die Anstellung erfolgt nach dem Beschuß der Münchner Generalversammlung. Bewerbungen mit entsprechender Aufsicht sind bis zum 7. September 1912 an die Bezirksleitung des 2. Bezirks Breslau, kleine Holzstr. 3, 3, zu richten.

Borsigheim. (Feilenhauer.) Umzäunen verboten. Arbeitsnachweis im Städtischen Arbeitsamt, Westliche Karl-Friedrichstraße 86.

Stuttgart (Feilenhauer). Umzäunen verboten. Der Arbeitsnachweis befindet sich im Städtischen Arbeitsamt, Schmalestr. 11.

Suhl. Zella. St. Blasien. Mehls.

Feilenhauer. Umzäunen verboten. Der Arbeitsnachweis befindet sich in Suhl, zur Domberganlage, Gotthäuserstr. 47. Daß es wird das Feilenhauergeschäft ausbezahlt.

Gestorben.

Burgstädt. Paul Vogler, Metallarbeiter, 21 Jahre, Decentientalndg.

Leipzig. Wilhelm Thiemer, Formier, 65 Jahre, Witfall.

Oto Uhlemann, Schlosser, 27 J.

Marien- und Feilenhauer.

Kurt Höppner, Schlosser, 21 Jahre, Feilenhauerbündung.

Weetane. Arno Kneipel, Kesselschmied, schwermüller Tod.

Pforzheim. Ernst J. Müller, Goldarbeiter, 42 Jahre, Angerlebendg.

Karoline Weller, 54 Jahre, Langenleben 67.

Seulendorf. Paul Dreisler, Lackierer, 24 Jahre, Sauberei-Länderung und Blutzurz.

Metz. Gewerkschaftshaus, 8 Uhr.

Zeitung für Gewerkschaften und Ziseleure

Berlin NW. 6, Chariteestraße 3.

### Private-Anzeigen.

Fürthige Formular auf Seite 1400 stellt bei jedem Lohn ein.

Chr. Berghöfer & Comp., Saalf.

■ 1. Gr. Bauschloß

■ 2. Schwarzdruck-Gravur

■ 3. Gravur

■ 4. Buntgravur

■ 5. Buntdruck

■ 6. Buntdruck

■ 7. Buntdruck

■ 8. Buntdruck

■ 9. Buntdruck

■ 10. Buntdruck

■ 11. Buntdruck

■ 12. Buntdruck

■ 13. Buntdruck

■ 14. Buntdruck

■ 15. Buntdruck

■ 16. Buntdruck

■ 17. Buntdruck

■ 18. Buntdruck

■ 19. Buntdruck